

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Erholung auf schwachen Füßen - Zölle bremsen, fiskalpolitischer Kurswechsel steht bevor

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2025) : Erholung auf schwachen Füßen - Zölle bremsen, fiskalpolitischer Kurswechsel steht bevor, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 13, Iss. 3, pp. 66-100, <https://doi.org/10.18717/kas7vy-sf95>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327973>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

3/2025

4. September 2025, 13. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 66



Erholung auf schwachen Füßen – Zölle bremsen, fiskalpolitischer Kurswechsel steht bevor

Trotz der Handelskonflikte zeigt sich die Weltwirtschaft bislang robust und dürfte weiter in mäßigem Tempo expandieren. Die Weltproduktion steigt im Jahr 2025 um 2,6% und im Jahr darauf um 2,4%. Ob sich die deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs befindet, ist weiterhin nicht erkennbar, zumal sie in der zweiten Jahreshälfte den Dämpfer höherer US-Zölle zu verkraften hat. Erst für 2026 stehen die Chancen gut, dass finanzpolitische Impulse zusammen mit niedrigen Leitzinsen eine konjunkturelle Belebung bewirken. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dann um 0,8% zunehmen, nach 0,2% im Jahr 2025.

Konjunktur aktuell: Erholung auf schwachen Füßen – Zölle bremsen, fiskalpolitischer Kurswechsel steht bevor

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Sommer sind die Zollsätze der USA drastisch erhöht worden. Die Finanzmärkte haben dies gelassen zur Kenntnis genommen, wohl auch, weil die Weltkonjunktur trotz der Handelskonflikte bisher robust geblieben ist. Mit Abebben des Inflationsschubs aus den Jahren 2021 bis 2023 ist die Geldpolitik in letzter Zeit fast überall gelockert worden, in den USA allerdings nur zögerlich. Der Leitzins wird aber auch dort in den kommenden Quartalen gesenkt werden. Die Finanzpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in etwa neutral ausgerichtet. Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft weiter in mäßigem Tempo expandieren. Allerdings werden die kräftigen US-Zollerhöhungen Welthandel und -produktion dämpfen. Für den Rest des Jahres 2026 ist mit etwas kräftigeren Zuwachsraten zu rechnen, auch wegen Investitionen zur Implementierung neuer Technologien. Die Weltproduktion steigt nach vorliegender Prognose im Jahr 2025 um 2,6% und im Jahr darauf um 2,4%.

Das deutsche Konjunkturbild hat sich mit der Datenrevision durch das Statistische Bundesamt verdüstert: Nun zeigt sich, dass die Produktion seit Ende 2022 bis Mitte 2024 zurückgegangen ist. Im Winterhalbjahr expandierte die Produktion wieder, aber zuletzt ist das Bruttoinlandsprodukt erneut geschrumpft. Sehr deutlich fiel der Rückgang der Bauinvestitionen aus. Es stellt sich die Frage, ob die im Winterhalbjahr sich abzeichnende Erholung nur unterbrochen wurde, oder ob sich die Wirtschaft weiter in einer Konjunkturkrise befindet. Die aus Unternehmensbefragungen hergeleitete Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ist zuletzt minimal gestiegen, obwohl die Produktion dort gesunken ist. Die Unternehmen schätzen laut ifo Geschäftsklima-Index ihre Geschäftslage weiter als schlecht ein, ihre Erwartungen sind aber gestiegen. Ein Grund dafür könnte die Erwartung von Impulsen des umfangreichen öffentlichen Investitionsprogramms sein, mit denen aber erst ab dem Jahr 2026 zu rechnen ist. Weil auch die Geldpolitik noch etwas expansiver werden dürfte, sind dann vonseiten der Wirtschaftspolitik die Bedingungen für eine Belebung der deutschen Wirtschaft recht günstig.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2024 bis 2027

	2024	2025	2026	2027
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-0,5	0,2	0,8	0,6
darunter: Ostdeutschland ¹	-0,1	0,2	0,7	0,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	-0,2	-0,7
Tarifflöhne je Stunde	4,7	2,8	2,6	2,6
Effektivlöhne je Stunde	5,3	3,6	2,9	3,2
Lohnstückkosten ²	5,6	3,7	1,9	2,1
Verbraucherpreisindex	2,3	2,2	1,8	2,0
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 987	45 989	45 987	45 828
Arbeitslose ³	2 787	2 946	2 945	2 908
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	6,0	6,3	6,3	6,2
darunter: Ostdeutschland ¹	7,5	7,8	7,8	7,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,0	-3,1	-3,4
Leistungsbilanzsaldo	5,6	4,8	4,6	4,3

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH (Stand: 03.09.2025).

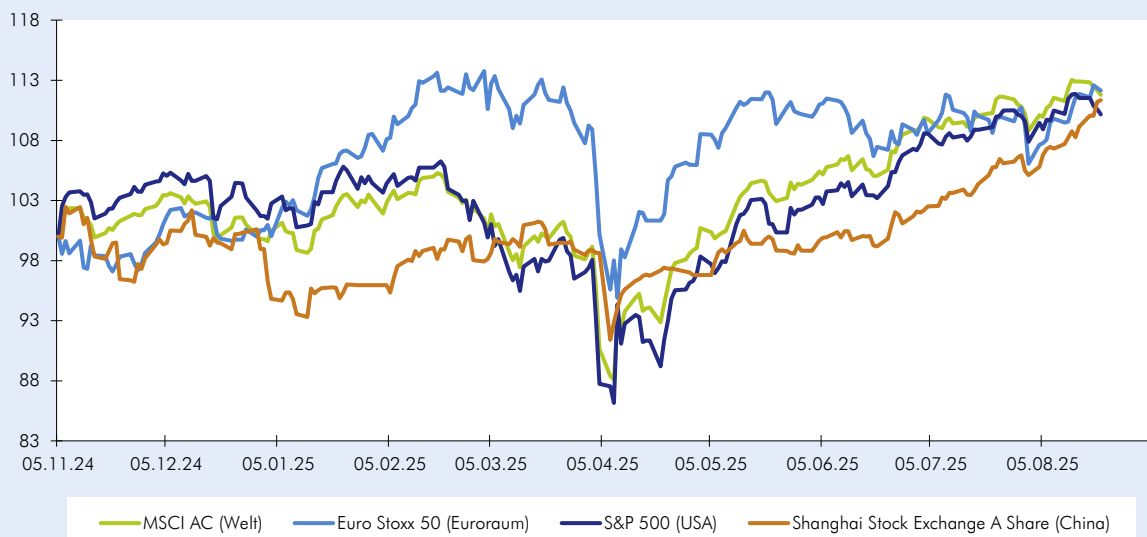
* Buhmann, Lukas; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Die internationale Konjunktur trotz vorläufig den Handelskonflikten

Seit die neue US-Regierung im Januar dieses Jahres ihre Amtsgeschäfte aufgenommen hat, steht die Weltwirtschaft im Bann der amerikanischen Handelspolitik. Ende Juli und im Lauf des Augusts sind durch „Deals“ mit wichtigen Handelspartnern und Erlasse des Präsidenten die Zollschränken der USA drastisch erhöht worden (vgl. Kasten 1). Gegenüber wichtigen Handelspartnern, neben der Europäischen Union auch Japan und Korea, gilt ab August ein Regelzollsatz von 15%, gegenüber Brasilien und Indien noch deutlich höhere Sätze. Damit steigt der durchschnittliche US-Zollsatz von 2½% im Jahr 2024 und etwa 8% im zweiten Quartal 2025 ab dem Spätsommer laut Schätzungen des *Yale Budget Lab*¹ auf 18,6%, den höchsten Wert seit den 1930er Jahren. Dabei ist weiterhin eine Fülle von handelspolitischen Fragen ungeklärt. Insbesondere sind die gegenwärtig auf chinesische Produkte erhobenen Zölle von mindestens 30% nur befristet bis Ende November gültig. Es ist unwahrscheinlich, dass sie danach deutlich angehoben werden, denn die US-Regierung müsste in einem solchen Fall mit schwerwiegenden Vergeltungsmaßnahmen vonseiten Chinas rechnen.

Abbildung 1
Wichtige Aktienindizes

Index 5.11.2024 (Tag der US-Präsidentenwahl) = 100



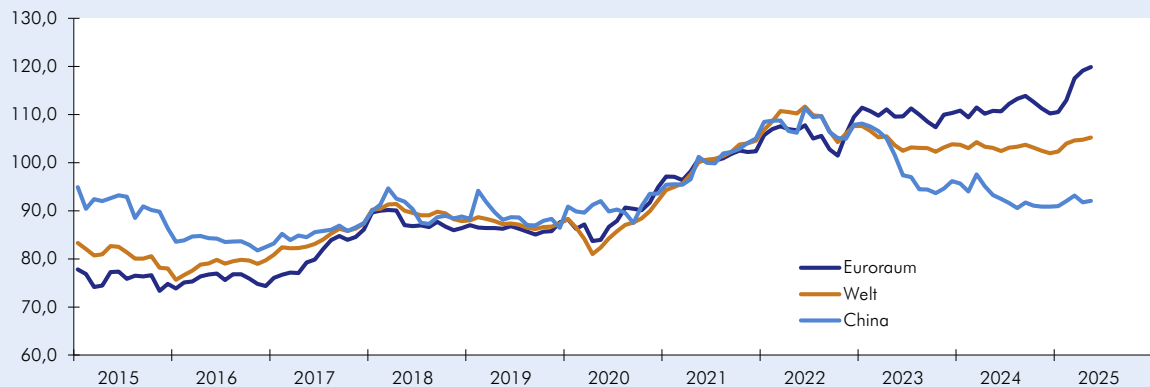
Quelle: Datastream.

Die Finanzmärkte haben die jüngsten Zollbeschlüsse gelassen zur Kenntnis genommen. Noch im April waren die Aktienmärkte, verschreckt von den damaligen Plänen noch deutlich höherer Zollsätze, regelrecht eingebrochen. Aber seit sich die US-Regierung in Verhandlungen in Maßen kompromissbereit gezeigt hat, ist der Optimismus zurückgekehrt (vgl. Abbildung 1). Offensichtlich halten die Anleger die mit der jüngsten Entwicklung Künstlicher Intelligenz verbundenen Wachstumschancen für größer als die Risiken, welche sich aus der Verzerrung relativer Preise durch hohe Zollsätze ergeben. Gesunken ist allerdings der Außenwert des Dollars, gegenüber dem Euro seit dem Regierungswechsel am 20.01.2025 um 12%. Weil die chinesische Währungspolitik den Wechselkurs des Renminbis gegenüber dem Dollar nur wenig schwanken lässt, hat auch dieser gegenüber dem Euro verloren. Auch deswegen hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Exporten aus dem Euroraum insbesondere gegenüber chinesischer Konkurrenz weiter deutlich nachgelassen (vgl. Abbildung 2).

¹ Vgl. *The Budget Lab at Yale*: [State of U.S. Tariffs: May 29, 2025](#).

Abbildung 2
Exportpreisindizes

Warenhandel, Index 2021 = 100

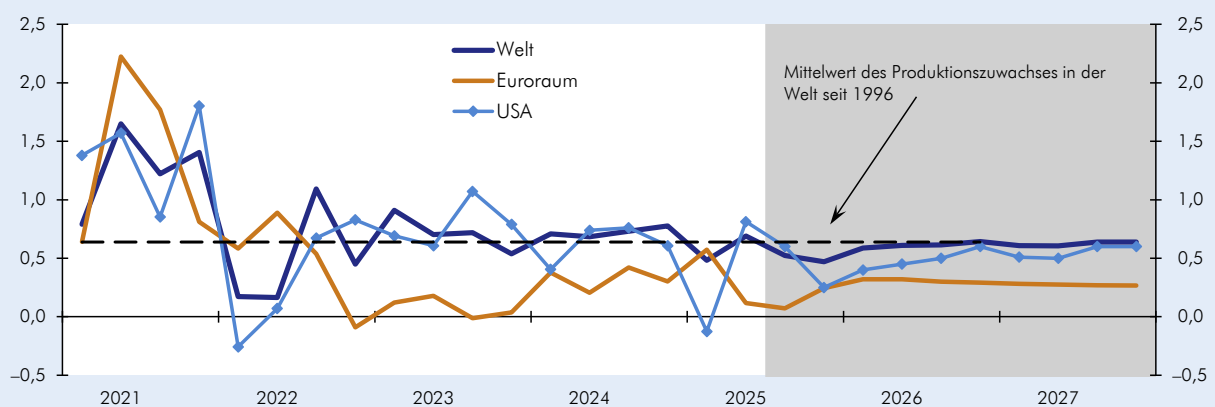


Quelle: CPB.

Eine schwächere Exportdynamik ist ein wesentlicher Grund dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im zweiten Quartal kaum mehr als stagniert hat. Zu Jahresanfang hatten die Exporteure in vielen Weltregionen noch davon profitiert, dass sich die amerikanische Kundschaft vor den erwarteten Zollerhöhungen noch rasch mit ausländischer Ware eindeckte. In den USA selbst hatten die Importe (Güter und Dienstleistungen) zu Beginn des Jahres um 8,4% zugenommen, um im zweiten Quartal um 8,6% zurückzugehen. Die US-Produktion hat in diesem Zeitraum mit 0,7% recht deutlich expandiert, nachdem sie zuvor leicht gesunken war (vgl. Abbildung 3). Bemerkenswert ist, dass privater Konsum, Anlageinvestitionen und die Staatsausgaben deutlich schwächer zunahmen als die Produktion und Lagerinvestitionen sowie Exporte rückläufig waren. Das Bruttoinlandsprodukt expandierte also, weil heimische Ware teurer gewordene Importgüter ersetzte. Dass sich die US-Konjunktur dennoch den Sommer über abgeschwächt hat, dafür spricht die zuletzt schwache Beschäftigungsdynamik. Hier dürfte sich auch niederschlagen, dass das Arbeitsangebot knapper wird, weil die Politik den Zuzug in die Vereinigten Staaten gestoppt hat.

Abbildung 3
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; ab dem 2. Quartal 2024 Schätzung und Prognose des IWH.

Die hohen Zollsätze auf chinesische Güter haben seit Jahresanfang die Exporte Chinas in die USA sinken lassen. Insgesamt legen die chinesischen Exporte aber weiter kräftig zu. Sie sind derzeit der Treiber der gesamtwirtschaftlichen Expansion in China, welche sich im zweiten Quartal nur leicht auf 1,1% verlangsamt hat. Nach wie vor schwach, vor allem wegen der Krise am Immobilienmarkt, ist dagegen die chinesische Binnennachfrage. Alles in allem ist der weltwirtschaftliche Produktionszuwachs mit 0,7% im zweiten Quartal etwas höher als zuletzt ausgefallen. Wenn der Welt-handel auch nicht so stark expandierte wie zu Jahresbeginn, so lag er mit 3½% doch deutlich über Vorjahresniveau.

Kasten 1**Zur aktuellen US-Zollpolitik**

Die US-Handelspolitik ist in den vergangenen Jahren protektionistischer geworden. So verhängten die USA im März 2018 sektorale Importzölle von 25% auf Stahl und 10% auf Aluminium, die ab Juni 2018 auch für die EU galten. Zur Begründung wurde die nationale Sicherheit angeführt. Im Handelskonflikt mit China erhob die Trump-Regierung zudem ab Sommer 2018 Strafzölle von bis zu 25% auf Waren im Wert von rund 370 Mrd. Dollar, worauf China mit Zöllen auf US-Waren im Umfang von etwa 110 Mrd. Dollar reagierte. Auch andere Handelspartner verhängten Vergeltungszölle – allerdings meist symbolischer Natur. Die EU etwa belegte Whiskey und Motorräder von Harley-Davidson mit Strafzöllen. Der amerikanische Präsident drohte während seiner ersten Amtszeit mehrfach mit weitergehenden Zöllen (beispielsweise 25% auf europäische Automobile) und nutzte diese Drohungen als Druckmittel in Verhandlungen, setzte sie aber letztlich nicht um. Dennoch verdoppelte sich der durchschnittliche US-Zollsatz im Zeitraum 2017 bis 2021 auf knapp 3%. Der durchschnittliche Zollsatz für chinesische Güter stieg im gleichen Zeitraum von 2,5% auf über 19%.

Unter der ab Anfang 2021 amtierenden Biden-Administration wurden einige Maßnahmen gelockert, ohne die protektionistische Handelspolitik grundlegend zu revidieren. So wurden die US-Zölle auf EU-Stahl und -Aluminium Ende 2021 durch mengenbeschränkte zollfreie Importquoten ersetzt. Für andere Partner und für China blieben die US-Zölle im Wesentlichen in Kraft. Insbesondere die Strafzölle auf chinesische Importe wurden nicht aufgehoben, und auch die sektoralen Stahl- und Aluminiumzölle blieben für die meisten Länder bestehen.

Seit Januar 2025 verschärfte sich die US-Handelspolitik nochmals erheblich. Die Annahme dabei ist, dass Länder mit hohen Überschüssen im bilateralen Handel der amerikanischen Wirtschaft schaden. Am 2. April 2025 („Liberation Day“) wurde ein nationaler Handelsnotstand erklärt und ein massives Zollpaket angekündigt. Dieses sah vor, ab dem 5. April einen allgemeinen Zollsatz von 10% auf nahezu alle Importe zu erheben. Ab dem 9. April sollten zusätzlich länderspezifische „reziproke“ Zölle, die für betroffene Länder anstelle des allgemeinen Satzes gelten, in Kraft treten. Die Höhe des Aufschlags sollte der Hälfte des bilateralen Handelsbilanzdefizits in Relation zum Wert der US-Importe aus dem jeweiligen Land entsprechen. Grundidee ist, dass die so berechnete Zollveränderung zu einem Ausgleich von Exporten und Importen im Handel mit dem Partnerland führen soll.

Die länderspezifischen Zuschläge lagen demnach zwischen 11% und 50%. Die höchsten Sätze entfallen auf Länder Südostasiens (z. B. Laos 48%, Kambodscha 49%). Für die EU ergibt sich ein Satz von 20%, für die Schweiz ein Satz von 31%. Diese länderspezifischen Zölle addieren sich auf die regulären Meistbegünstigungszölle (MFN „Most Favoured Nation“) der Welthandelsorganisation (WTO), die für die USA z.B. 2,5% für Automobile betragen. Für von reziproken Zöllen nicht betroffene Länder gilt die Summe aus 10% Basiszoll und MFN-Zöllen. Bestehende sektorale Zölle ersetzen den jeweils geltenden Basiszoll/ reziproken Zoll. Ende März wurde zudem ein sektoraler Zoll von 25% auf Automobilimporte verhängt. Dieser gilt zusätzlich zum MFN-Kfz-Zollsatz von 2,5%, was zusammen einen US-Zoll von 27,5% auf europäische Pkw bedeutete. Darüber hinaus verdoppelte die US-Administration die bestehenden sektoralen Stahl- und Aluminiumzölle auf 50% für nahezu alle Länder (ausgenommen Großbritannien).

Die Ankündigung der umfassenden Zölle Anfang April 2025 führte an den Finanzmärkten zunächst zu Unruhe. Globale Aktienindizes gaben deutlich nach. Der US-amerikanische Dow Jones verlor in zwei Tagen rund 6% an Wert, der deutsche DAX etwa 3%. Daraufhin setzte das Weiße Haus die Einführung der länderspezifischen Zölle vorläufig für 90 Tage aus. Diese Frist sollte genutzt werden, um individuelle Abkommen mit den USA auszuhandeln und die reziproken Zölle obsolet zu machen. Eine Ausnahme galt für China, für das kein Aufschub in Kraft trat. Bis Ende Juli 2025 erzielten acht Handelspartner entsprechende Vereinbarungen – darunter das Vereinigte Königreich, Japan, Südkorea, Vietnam, die Philippinen, Indonesien sowie die EU. Mit China wurde lediglich ein temporärer „Waffenstillstand“ im Zollstreit vereinbart. Für Kanada und Mexiko galt das im Jahr 2020 ausgehandelte USMCA-Abkommen^{K1}, wobei allerdings für nicht-USMCA konforme Güter für Kanada 35% und für Mexiko 25% Zölle in Kraft traten. Für alle übrigen Staaten wurden die reziproken Zölle zum 7. August 2025 wirksam.

^{K1} United States-Mexico-Canada Agreement.

Seit August 2025 gilt im US-Handel ein mehrstufiges Zollsystem (vgl. Tabelle K1): Die Grundlage bilden die regulären MFN-Zollsätze. Darauf werden, außer für Länder mit Sonderabkommen, die neuen reziproken Aufschläge addiert. Darüber hinaus gelten weiterhin die sektoralen Schutzzölle (z. B. 50% auf Stahl, Aluminium, Kupfer und 25% auf Kfz), die bei den jeweils betroffenen Waren anstelle des Basis- bzw. reziproken Zollsatzes treten. Bilaterale Abkommen können diese allgemeinen Bestimmungen ersetzen. So enthält der im Mai 2025 vereinbarte Economic Prosperity Deal zwischen den USA und Großbritannien Sonderregeln wie Zollessenkungen und Quoten im Stahl- und Aluminiumhandel.

Tabelle K1

Erhöhte US-Zollsätze ad valorem, Stand 3. September 2025

Land	generell	Autos und Autoteile	Stahl, Aluminium	Halbleiter, Pharmazeutika, kritische Mineralien
Kanada	0% auf USMCA-konforme Güter 35% auf nicht-USMCA-konforme Güter	25% sektoraler Zoll + 2,5% MFN-Zoll	50% sektoraler Zoll + MFN-Zollsatz	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Mexiko	0% auf USMCA-konforme Güter 25% auf nicht-USMCA-konforme Güter	25% sektoraler Zoll + 2,5% MFN-Zoll	50% sektoraler Zoll + MFN-Zollsatz	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
China	30% + zusätzliche Strafzölle (z. B. 100% auf electric vehicles, 50% auf Solarzellen) + MFN-Zölle	47,5% + bis zu 25% Strafzoll	70% + MFN-Zoll + Strafzölle	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
EU	15% US-EU trade deal Zoll	15% US-EU trade deal Zoll	50% sektoraler Zoll + MFN-Zoll (zusätzliche Verhandlungen vorgesehen)	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Indien	50%	75% + MFN-Zoll	100% + MFN-Zoll	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Großbritannien	10% UK US trade deal Zoll	10 % für die ersten 100 000 importierten Kfz, dann 25%	25% sektoraler Zoll (UK-US trade deal Ausnahme)	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Schweiz	39% + MFN-Zölle	64% + MFN-Zölle	89% + MFN-Zölle	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
andere Länder	reziproker Zollsatz oder 10% Basiszoll + potenzielle Strafzölle (Fentanyl oder andere) + MFN-Zölle	25% sektoraler Zoll + reziproker Zollsatz oder 10% Basiszoll + potenzielle Strafzölle (Fentanyl oder andere) + MFN-Zölle	50% sektoraler Zoll + reziproker Zollsatz oder 10% Basiszoll + potenzielle Strafzölle (Fentanyl oder andere) + MFN - Zölle	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen

Quellen: Meltzer, J. P.: The Impact of US Tariffs on North American Auto Manufacturing and Implications for USMCA, Mai 2025. – Angotti, J.; Fisher, C. E.; Heeren, P.; Lowell, K.; Lowell, M. J.; Rodriguez-Johnson, L.: Trump 2.0 Tariff Tracker, August 2025.

Für die EU gilt seit Ende Juli 2025 ein vorläufiges Handelsabkommen mit den USA, das am 21. August 2025 in einer gemeinsamen Erklärung präzisiert wurde. Darin verpflichtet sich die EU, sämtliche Zölle auf US-Industriegüter abzuschaften und ausgewählten US-Agrar- und Fischereiprodukten einen vereinfachten Marktzugang zu gewähren. Im Gegenzug erheben die USA einen einheitlichen Zollsatz von 15% auf alle EU-Waren, einschließlich Automobile, K-Teile und andere Vorprodukte. Für einzelne sensible Güter (z. B. Flugzeuge, bestimmte Pharmazeutika und chemische Vorprodukte) gilt ab September lediglich der reguläre WTO-Meistbegünstigungszollsatz. Die geltenden US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU bleiben vorerst bestehen; beide Seiten haben jedoch weitere Verhandlungen über eine mögliche kontingentbasierte Quotenlösung angekündigt. Die Erklärung enthält zudem weitreichende politische Absichtserklärungen. So kündigt die EU an, bis zum Jahr 2028 US-Energieprodukte im Wert von rund 750 Mrd. Dollar zu beziehen und mindestens 40 Mrd. Dollar in den Import von US-Halbleitern zu investieren. Die USA erwarten ergänzend zusätzliche Direktinvestitionen europäischer Unternehmen in Höhe von etwa 600 Mrd. Dollar bis zum Jahr 2028. Angesichts der derzeitigen Größenordnung der EU-Importe amerikanischer Energie in Höhe von etwa 70 Mrd. US-Dollar sowie des EU-Investitionsvolumens in den USA in Höhe von etwa 130 Mrd. US-Dollar (beides Stand 2024) erscheinen diese Zielvorgaben sehr ambitioniert. Die Vereinbarung sieht vor, dass die neuen Zollsätze rückwirkend ab dem 1. August 2025 gelten. Damit liegt der durchschnittliche US-Zollsatz gegenüber der EU bei rund 15% – ein Vielfaches höher als vor Beginn der protektionistischen Wende der US-Handelspolitik. Allerdings liegt er immer noch unter dem weltweiten durchschnittlichen US-Zollsatz, welcher 18,4% beträgt.

Die Zollerhöhungen haben auch das Preisklima in den USA bislang nur wenig eingetrübt. Die Verbraucherpreis-inflation lag mit 2,7% im Juli nicht höher als zu Jahresbeginn, auch wegen langsamer steigender Wohnungskosten. Die Preise für die Gütergruppe „Waren ohne Nahrungsmittel und Energieträger“, welche vor allem von den Zollerhöhungen betroffen sein sollte, sind im Sommer nur um reichlich 1% höher als vor einem Jahr. Dass dabei die Importpreise (berechnet vor Aufschlag durch die Einfuhrabgaben) statt zu sinken in etwa stagnieren, deutet darauf hin, dass die Zollerhöhungen derzeit weniger die Gewinne der ausländischen Exporteure als die der importierenden US-Unternehmen schmälern. Im Juli sind allerdings die von den amerikanischen Produzenten geforderten Preise erstmals deutlich gestiegen (um knapp 1% gegenüber Juni). Es ist damit zu rechnen, dass auch die Verbraucherpreise in den USA in den kommenden Monaten deutlich anziehen. Im Euroraum hat die Verbraucherpreis-inflation den Sommer über nahe der 2%-Zielmarke gelegen, die Dienstleistungspreise steigen dabei allerdings weiter mit einer Jahresrate von reichlich 3%. Alles in allem lässt sich international kein einheitlicher Inflationstrend erkennen. Während etwa die Verbraucherpreise in China den Sommer über stagnierten, übertraf die Inflation in Großbritannien (Juli: 3,8%) und Japan (3%) deutlich die Zielraten von je 2%. Dabei wird die Preisdynamik überall von fallenden Energiekosten gedämpft. Mit etwa 68 US-Dollar je Barrel (Brent) liegt der Erdölpreis, trotz der Kriege in Osteuropa und im Nahen Osten, um 15% unter Vorjahresniveau.²

Mit Abebben des Inflationsschubs in den Jahren 2021 bis 2023 ist die Geldpolitik in letzter Zeit fast überall gelockert worden. Eher zögerlich agierte die amerikanische Notenbank, in diesem Jahr auch wegen der Sorge um die preistreibende Zollpolitik und wohl auch als Reaktion gegen politischen Druck vonseiten der Regierung. Jüngere Verlautbarungen lassen aber vermuten, dass der Leitzins, der derzeit bei 4,25 – 4,5% steht, ab September schrittweise gesenkt wird, nach Einschätzung der Finanzmärkte in den nächsten 12 Monaten bis auf 3 – 3,25%. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte die Zinsen im kommenden Winterhalbjahr noch einmal senken, von derzeit 2% (Einlagensatz) auf 1,75%. In Großbritannien dürfte der Leitzins wegen der höheren Preisdynamik nur langsam gesenkt werden, und für Japan nehmen die Finanzmärkte an, dass der Leitzins von gegenwärtig 0,25% im kommenden Winterhalbjahr etwas angehoben wird.

Die Finanzpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den Jahren 2025 und 2026 alles in allem in etwa neutral ausgerichtet. In den USA führen die Zollerhöhungen zu erheblichen Mehreinnahmen, die zum großen Teil von den amerikanischen Unternehmen und Haushalten getragen werden, während die Steuerreform ihnen erhebliche Entlastungen bringt. Die beiden Effekte dürften sich konjunkturell in etwa gegenseitig aufheben. Im Euroraum ist die Finanzpolitik im Jahr 2025 leicht restriktiv ausgerichtet und schwenkt im Jahr 2026 in Richtung auf einen leicht expansiven Kurs. Allerdings plant die französische Regierung einen verschärften Konsolidierungskurs, für den sie aber erst einmal um eine parlamentarische Mehrheit werben muss. Hintergrund ist ein spürbarer Anstieg der Renditen für französische Staatstitel im Jahresverlauf (für zehnjährige Laufzeit auf 3,5%, knapp unterhalb der Rendite für italienische Papiere). Ebenfalls leicht restriktiv ist der finanzpolitische Kurs in Großbritannien und Japan. Expansiv ist dagegen die Wirtschaftspolitik in China. Dazu werden sowohl geldpolitische als auch fiskalische Instrumente eingesetzt. So wurde im Mai der Zinssatz für Konsumentenkredite auf 3% gesenkt, und im August kündigte die Regierung an, den privaten Haushalten zusätzlich mit Zuschüssen bei der kreditfinanzierten Anschaffung von Konsumartikeln zu helfen.

Die Weltwirtschaft dürfte in den kommenden Quartalen weiter in mäßigem Tempo expandieren. Für die nächste Zeit deutet die anhand der Einkaufsmanagerindizes (PMIs) gemessene Unternehmensstimmung vom August sogar auf ein Anziehen der Konjunktur in vielen Ländern hin. Allerdings dürften die kräftigen Zollerhöhungen die US-Importe nochmals deutlich belasten, wodurch auch der Welthandel zurückgehen wird. Die internationale Konjunktur wird im Winterhalbjahr 2025/2026 dadurch gedämpft. Für den Rest des Jahres 2026 ist mit etwas kräftigeren Zuwachsraten zu rechnen, auch wegen Investitionen zur Implementierung neuer Technologien, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz. Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2025 um 2,6%, im Jahr darauf um 2,4% und im Jahr 2027 wieder um 2,6% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern steigt im Jahr 2025 um 2,5%, im Jahr darauf um 1,3% und im Jahr 2027 um 2,8%. Im Euroraum dürfte die Verbraucherpreis-inflation in den Jahren 2025 bis 2027 nahe an der 2,0%-Marke liegen. In den USA wird sie wohl deutlich darüber bleiben.

² Zur Stabilisierung der Preise hat im August die Ankündigung der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) beigetragen, ihre Fördermengen ab September 2025 auszuweiten.

Risiken für die Weltkonjunktur

Erhebliche Risiken für die Weltkonjunktur gehen nach wie vor von der Möglichkeit aus, dass sich die Handelskonflikte der USA noch einmal zuspitzen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Risiken im Prognosezeitraum auflösen werden. Schwer einzuschätzen ist, wie sehr die permanente Unsicherheit über die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Investitionen weltweit dämpfen wird. Ein Risiko für die europäische Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr sind die fiskalischen Probleme einiger Länder der Region, etwa Großbritanniens und Frankreichs. Die Regierungen beider Länder haben Schwierigkeiten, Konsolidierungsmaßnahmen in den Parlamenten durchzusetzen, um die hohen öffentlichen Defizite von wohl über 5% im Jahr 2025 zurückzuführen. Zweifel der Kapitalmärkte an der Bonität könnten die in den vergangenen Jahren sowieso schon stark gestiegenen Renditen für Staatstitel weiter erhöhen und die fiskalischen Probleme verstärken.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,13 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist knapp zwei Prozentpunkte niedriger als im Schnitt des Jahres 2024. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2025 um 2,5%, im folgenden Jahr um 1,3% und im Jahr 2027 um 2,8% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz bis zum Frühjahr 2027 schrittweise auf 1,65% senkt. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent sinkt bis Anfang 2026 auf 66 US-Dollar pro Barrel und bleibt bis Ende 2027 auf diesem Niveau.

Was die Handelskonflikte betrifft, wird unterstellt, dass es über die Ende August geltenden US-Zollsätze hinaus zu keinen wesentlichen Änderungen kommt (vgl. Tabelle K1 in Kasten 1) und dass auch Vergeltungszölle im Wesentlichen ausbleiben. Damit werden deutsche Ausfuhren in die USA in der Regel um 12,5 Prozentpunkte höher verzollt als im Jahr 2024.

Bezüglich der Finanzpolitik wird in dieser Prognose für das Jahr 2025 eine restriktive Ausrichtung unterstellt. Zwar regen auf der staatlichen Einnahmeseite steuerliche Entlastungen vor allem im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes, des Steuerfortentwicklungsgesetzes und des im Juli verabschiedeten steuerlichen Investitionssofortprogramms die Nachfrage an. Dem steht aber das Auslaufen der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie gegenüber. Zudem wurden der Beitragssatz zur Pflegeversicherung sowie die Insolvenzgeldumlage zu Jahresbeginn erhöht. Der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung liegt im laufenden Jahr deutlich höher als noch im Jahr zuvor. Staatliche Mehrausgaben ergeben sich durch Leistungsausweitungen bei der Pflegeversicherung und aus dem Sondervermögen ‚Bundeswehr‘. Das neu geschaffene Sondervermögen ‚Infrastruktur und Klimaneutralität‘ und die Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben dürften im laufenden Jahr noch nicht zu umfangreichen staatlichen Mehrausgaben führen. Folglich ergibt sich ein restriktiver finanzpolitischer Effekt in Höhe von 19 Mrd. Euro bzw. 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im Jahr 2026 schwenkt die Finanzpolitik auf einen expansiven Kurs ein. So entfalten die steuerlichen Maßnahmen aus dem Investitionssofortprogramm mehr und mehr ihre Wirkung. Hinzu kommt die in dieser Prognose unterstellte Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie, die Anhebung der Entfernungspauschale sowie die Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen bei Vollzeitbeschäftigten. Auf der Ausgabeseite laufen die investiven Ausgaben aus dem Sondervermögen ‚Infrastruktur und Klimaneutralität‘ und die geplanten zusätzlichen Investitionen in die Landesverteidigung allmählich an. Zudem leistet der Bund einen Zuschuss zu den Strom-Übertragungsnetzkosten und übernimmt die Gasspeicherumlage. Restriktiv wirken im Jahr 2026 hingegen die Einführung einer Plastikabgabe und der globalen Mindestbesteuerung. Zudem ist in dieser Prognose unterstellt, dass der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr weiter steigt und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2026 erneut angehoben wird. Dennoch ergibt sich alles in allem ein expansiver Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2027 regen erneut steuerliche Entlastungen und staatliche Mehrausgaben in den Bereichen Verteidigung und Infrastruktur die Nachfrage an. Zwar stehen diesen erneut höhere Beitragssätze zu den Sozialversicherungen gegenüber. Insgesamt ergibt sich aus allen finanzpolitischen Maßnahmen aber dennoch eine Belastung des gesamtstaatlichen Budgets in Höhe von 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Chancen auf Erholung der deutschen Konjunktur im Jahr 2026

Das deutsche Konjunkturmodell hat sich mit der Datenrevision für das vierteljährliche Bruttoinlandsprodukt durch das Statistische Bundesamt Ende Juli verdüstert: Nach altem Datenstand hatte die Produktion in den vergangenen drei Jahren stagniert. Nun zeigt sich, dass nach einer kräftigen Erholung vom Pandemie-Einbruch die Produktion seit Ende 2022 bis Mitte 2024 zurückgegangen ist (vgl. Kasten 2). Im Winterhalbjahr expandierte die Produktion wieder, aber zuletzt ist das Bruttoinlandsprodukt erneut geschrumpft (vgl. Abbildung A3).

Kasten 2

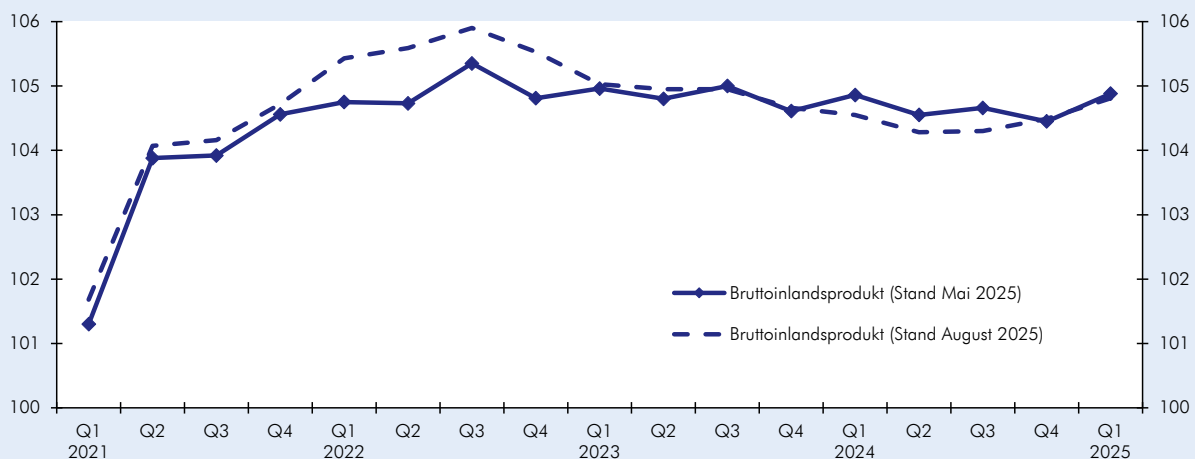
Zur jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat im August 2025 im Rahmen einer europaweit harmonisierten umfassenden Revision die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) grundlegend überarbeitet.^{K2.1} Die VGR-Revision 2025 umfasst insbesondere die Nutzung neuer Datenquellen (vgl. Tabelle A15) sowie die Einführung einzelner neuer Berechnungsverfahren. Darüber hinaus wurden die gesamten VGR-Systeme einer umfassenden Überprüfung unterzogen und, wo erforderlich, angepasst oder um neue Erkenntnisse ergänzt. Abweichend vom bisherigen Vorgehen wurden in diesem Zusammenhang auch Zeitreihen vor dem Jahr 2021 revidiert. So wurde etwa das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ab dem Jahr 2008 neu berechnet. Im Vergleich zu früheren Revisionen fallen die aktuellen Korrekturen stärker aus (vgl. Abbildung K2.1). Für den Zeitraum 2021 bis 2025 liegt der revidierte jährliche BIP-Zuwachs knapp an der 85%-Revisionsspanne, die im Juni 2025 im Rahmen der Projektionen noch erwartet worden war.^{K2.2}

Abbildung K2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Index



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Aufwärtskorrektur im Jahr 2021 um 0,2 Prozentpunkte (von 3,7% auf 3,9%) ist verwendungsseitig auf einen höheren Beitrag der Inlandsnachfrage zurückzuführen. Die Jahreszuwachsrate der Binnennachfrage für das Jahr 2021 liegt nun bei 3,3% (zuvor 2,9%). Dies resultiert vor allem aus einer Aufwärtsrevision der Bruttoinvestitionen um 2,4 Prozentpunkte. Für das Jahr 2022 fiel die Aufwärtsrevision noch deutlicher aus: Das BIP wurde um 0,4 Prozentpunkte auf 1,8 % angehoben. Maßgeblich hierfür war eine Korrektur des privaten Konsums um 0,9 Prozentpunkte, die insbesondere aus der vollständigen Integration der Strukturstatistik im Handels- und Dienstleistungssektor hervorgeht, die zu Aufwärtsrevisionen im Einzelhandel geführt hat. Für das Jahr 2023 ergab sich dagegen eine kräftige Abwärtskorrektur um 0,6 Prozentpunkte (von -0,3 % auf -0,9 %). Hierfür war vor allem

^{K2.1} Statistisches Bundesamt: [Sommerüberarbeitung 2025 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Revisionen und Hintergründe](#), Wiesbaden, 22. August 2025.

^{K2.2} Vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH: [Konjunkturelle Belebung in Deutschland – strukturelle Probleme und US-Handelspolitik belasten](#), in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 13 (2), 2025, 40.

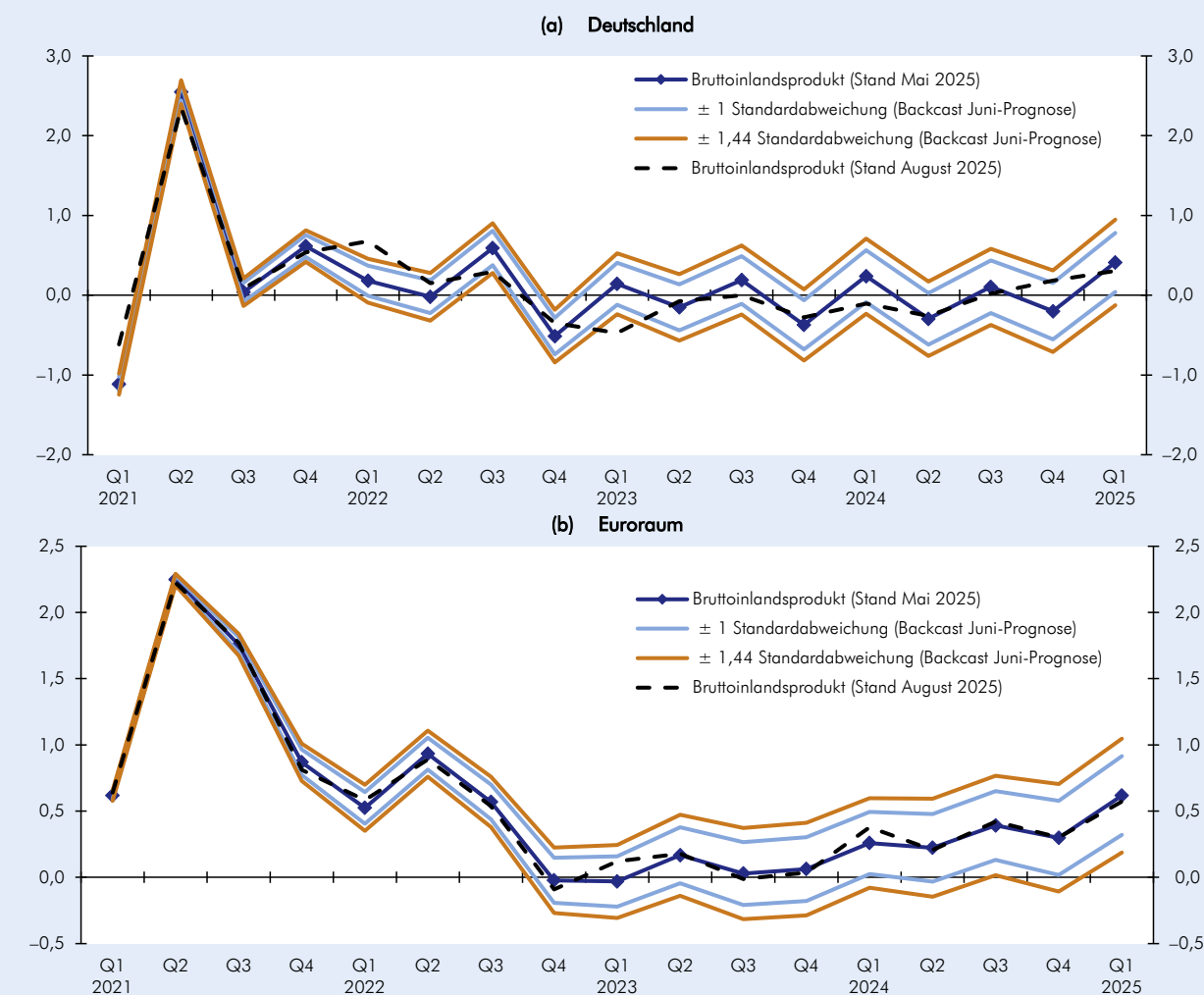
eine kräftige Revision der Bauinvestitionen (–2,5 Prozentpunkte) verantwortlich. Grundlage sind neue Basisstatistiken, insbesondere die Strukturhebungen Bau sowie die Kostenstrukturhebung für das Jahr 2023. Im Zuge der Generalrevision wurde das BIP auch für das Jahr 2024 nach unten revidiert. Ausschlaggebend hierfür waren Abwärtskorrekturen bei den Konsumausgaben des Staates, den Bruttoanlageinvestitionen und dem Außenbeitrag.

Die Revision der vierteljährlichen Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde im Vergleich zum bisherigen Datenstand in einem Umfang revidiert, der für die meisten Quartale innerhalb der erwarteten 68%-Revisionsspanne liegt (vgl. Abbildung K2.2a). Für die einzelnen Quartale ergaben sich Änderungen der bisherigen Veränderungsraten von bis zu $\pm 0,6$ Prozentpunkte, so lagen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts für das erste Quartal 2021, 2022 und 2023 jeweils außerhalb der erwarteten Revisionsspanne.

Abbildung K2.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Vergleich zu anderen Ländern sind die jüngsten Revisionen in Deutschland gegenüber dem Datenstand Mai 2025 hoch. Im Euroraum fallen die Revisionen vollständig in die erwartete Revisionsspanne (vgl. Abbildung K2.2b).

Der erneute Rückschlag im zweiten Quartal geht zum Teil darauf zurück, dass der Produktion im ersten Quartal ein Sondereffekt zugutekam. Um den angekündigten Zollerhöhungen zuvorzukommen, deckten sich Unternehmen und Haushalte in den USA mit Importwaren ein, was den Welthandel und auch die deutschen Exporte deutlich steigen ließ. Im zweiten Quartal kehrte sich dieser Effekt um. Der Rückschlag traf die deutschen Warenexporte stärker als die

der meisten anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Weil die Ausfuhr in die europäischen Nachbarstaaten aber weiter zunahm, sind die Exporte insgesamt nur wenig zurückgegangen (um 0,1%, vgl. Tabelle A6). Wie die Exporte, so gingen auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen etwas zurück. Sie sind derzeit nicht höher als vor zehn Jahren. Sehr deutlich fiel der Rückgang der Bauinvestitionen aus, und dort insbesondere im Wohnbau. Der Konsum der privaten Haushalte hat kaum mehr als stagniert, was der Entwicklung der real verfügbaren Einkommen entspricht: Der Anstieg der realen Bruttolöhne und -gehälter ist im ersten Halbjahr 2025 durch die höheren Sozialabgaben aufgezehrt worden. Die Sparquote ist mit 10,2% nun deutlich niedriger als im Jahr 2024 und entspricht ihrem langjährigen Mittel. Angesichts der schwachen Konjunktur ist bemerkenswert, dass die Importe im zweiten Quartal erneut um 1,6% und damit recht kräftig expandierten. Dahinter könnten Bemühungen von Unternehmen gestanden haben, möglichen Zollerhöhungen vonseiten der EU vorzubeugen, oder aber besonders günstige Angebote chinesischer Unternehmen, denen der Zugang zum US-Markt wegen der hohen Zölle in besonderem Maß erschwert wird.

Die Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszweigen entwickelte sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Verwendung: Wie die Exporte und die privaten Ausrüstungsinvestitionen, so ging auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe etwas zurück, sie ist aber immer noch höher als im zweiten Halbjahr 2024. Sehr deutlich war der Rückschlag im Baugewerbe (vgl. Tabelle A13). Die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen hat alles in allem stagniert.

Es stellt sich die Frage, ob der jüngste Produktionsrückgang die im Winterhalbjahr sich abzeichnende Erholung nur unterbrochen hat, oder ob sich die Wirtschaft weiter in einer Konjunkturkrise befindet. Die zyklische Position einer Volkswirtschaft wird durch die Produktionslücke bestimmt, also durch den Abstand des gegenwärtigen Bruttoinlandsprodukts zum Produktionspotenzial (vgl. Abbildung 4a). Allerdings hat sich mit der jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erneut gezeigt, dass dieses Maß nicht immer verlässlich ist. Wichtig für die Konjunktureinschätzung sind die Arbeitsmarktindikatoren Beschäftigung und Arbeitslosenquote (vgl. Abbildung 4b), die zudem zeitnah veröffentlicht werden. Hier zeichnet sich bislang keine Erholung ab. Die Arbeitslosenquote steigt im Trend seit Mitte des Jahres 2023, und die Beschäftigung ist zuletzt nur aufgrund der Zunahme von Arbeitskräften bei den öffentlichen Dienstleistern nicht gesunken. Allerdings hinken Arbeitsmarktindikatoren der Konjunktur in der Regel etwas hinterher. Ein weiteres Maß für den Auslastungsgrad ist die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe, welche aus Unternehmensbefragungen hergeleitet wird (vgl. Abbildung 4a). Ihr Verlauf ähnelt häufig dem der Produktionslücke, ist aber weniger volatil. Im zweiten Quartal ist die Kapazitätsauslastung, wenn auch nur minimal, gestiegen, obwohl die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe vor allem wegen eines schwachen Juniwerts gesunken ist (vgl. Abbildung 4c). Der Wirtschaftszweig durchlebt weniger einen konjunkturellen Abschwung als einen seit dem Jahr 2018 anhaltenden strukturellen Abwärtstrend, mit Pandemieeinbruch und anschließender Erholungsphase als Zwischenspiele. Dahinter steht ein ebenfalls seit dem Jahr 2018 schwaches Exportgeschäft, das im Trend zwar nicht zurückgeht, aber in etwa stagniert (vgl. Abbildung 4d). Eine schwache internationale Konjunktur kann nicht als Erklärung dienen, denn der Welthandel hat seit dem Jahr 2018 durchaus expandiert. Weil die US-Zölle im August noch einmal stark angehoben wurden, ist es nicht wahrscheinlich, dass die Ausfuhren in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt gewinnen.

Seit vier Jahren sinkt die Produktion im Baugewerbe, und auch hier hat sich zuletzt keine Wende abgezeichnet (vgl. Abbildung 4c). Der Rückgang geht auf eine Kostenkrise beim Bau zurück, die nicht nur auf teurere Finanzierung zurückgeht, aber anlässlich der steilen Zinsanstiege ab Herbst 2022 zum Ausbruch kam (vgl. Abbildung 4e).³ Seit Mitte 2024 sinken mit den EZB-Leitzinsen auch die Kurzfristzinsen wieder deutlich. Ein weiterer Frühindikator für die Konjunktur ist die Differenz zwischen Lang- und Kurzfristzins. Dass sie seit dem Frühjahr wieder positiv ist, könnte auf eine kommende Erholung hindeuten. Die für den Bau relevanten Hypothekenzinsen sinken, aber nur allmählich. Sie sind immer noch höher als in den zehn Jahren vor der jüngsten geldpolitischen Straffung. Auch ist zu erwarten, dass die Leitzinsen in diesem und im nächsten Jahr nur noch wenig gesenkt werden.

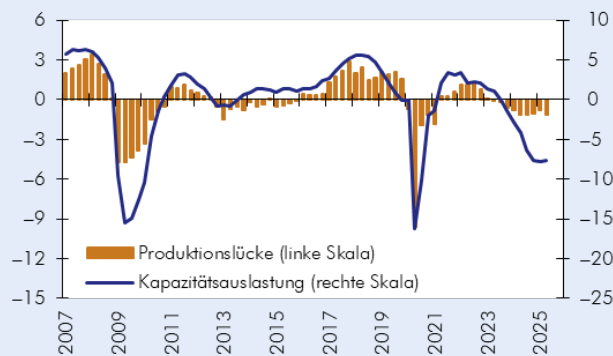
Ein für die deutsche Konjunktur wichtiger Frühindikator ist das ifo Geschäftsklima (vgl. Abbildung 4f). Es ist auf niedrigem Niveau, aber seit dem Frühjahr aufwärtsgerichtet. Zuletzt haben sich die Erwartungen der Unternehmen, nicht

³ Vgl. etwa Kasten ‚Kostenkrise am Bau‘ in: *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb, Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (1), 2023.

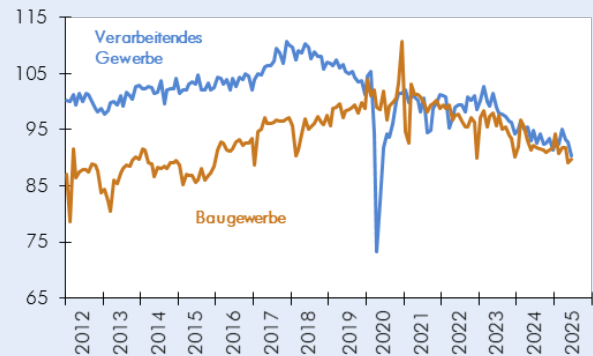
aber ihre Einschätzung der Geschäftslage verbessert. Ein Grund für eine leicht steigende Zuversicht könnte die Erwartung von Impulsen des umfangreichen öffentlichen Investitionsprogramms sein, mit denen aber erst für das Jahr 2026 zu rechnen ist. Weil auch die Geldpolitik noch etwas expansiver werden dürfte, sind dann vonseiten der Wirtschaftspolitik die Bedingungen für eine Belebung der deutschen Wirtschaft recht günstig.

Abbildung 4
Wichtige Konjunkturindikatoren

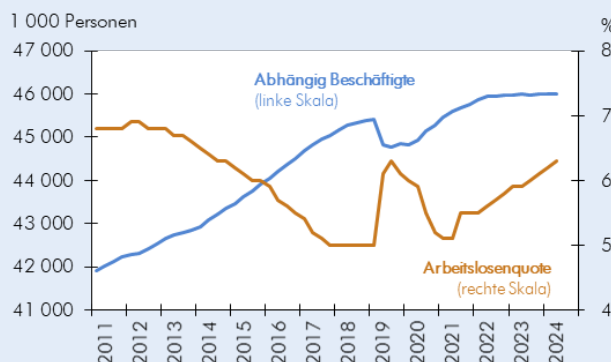
(a) Gesamtwirtschaftliche Produktionslücke und Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
In Prozentpunkten (Abweichung vom Mittelwert) bzw. in %



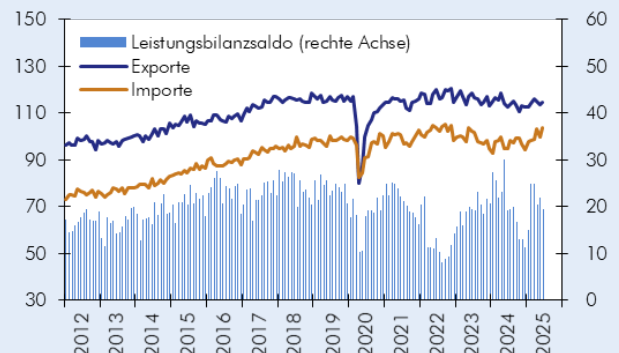
(b) Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe
Index 2021 = 100



(c) Arbeitsmarkt



(d) Außenhandel in Preisen des Jahres 2012 und Leistungsbilanzsaldo
Mrd. Euro, saisonbereinigt



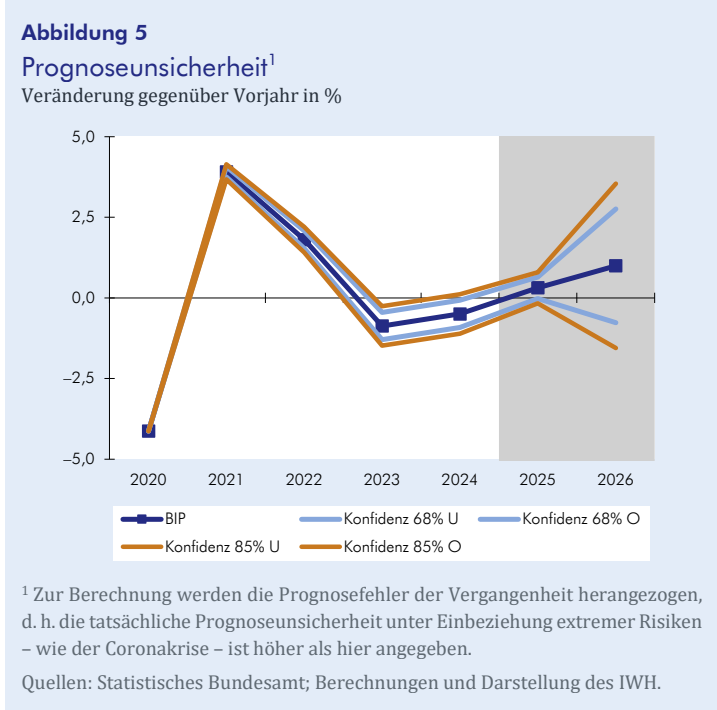
(e) ifo-Geschäftsklimaindex



(f) Kurz- und langfristige Zinsen



Quellen: Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo-Institut; Bundesagentur für Arbeit; Datastream, Berechnungen des IWH.



Alles in allem legt das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2025 um 0,2% zu. Im Jahr 2026 expandiert die Produktion um 0,8% (arbeitstäglich bereinigt um 0,6%, vgl. Tabelle A8) und im Jahr 2027 um 0,6%. Für das Jahr 2025 reicht das 68%-Prognoseintervall für das Bruttoinlandsprodukt von –0,2% bis 0,5% und für das Jahr 2026 von –0,9% bis 2,6% (vgl. Abbildung 5).⁴ Nach vorliegender Prognose kommt die deutsche Wirtschaft Ende 2027 wieder auf ihren langfristigen, mittlerweile deutlich abgeflachten Wachstumspfad (vgl. Kasten 3). Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2025 bei 2,2% liegen, im Jahr darauf bei 1,8% und im Jahr 2027 bei 2,0%. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2025 und wohl auch im Jahr 2026 in etwa stagnieren. Im Jahr 2027 dürfte sie demographiebedingt zu sinken beginnen. Der deutsche Leistungsbilanzsaldo geht zurück, von 5,6% im Jahr 2024 auf 4,3% im Jahr 2027.

Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dürfte sich im laufenden Jahr, ausgehend von 2,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024, mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik verringern. So dürften die Steuereinnahmen, trotz der steuerlichen Erleichterungen vor allem im Bereich der Einkommensteuer, mit der etwas kräftigeren konjunkturellen Dynamik beschleunigt zulegen, auch weil die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie entfällt und die kräftigen Lohnerhöhungen wieder vollumfänglich steuerpflichtig sind. Die Beitragseinnahmen dürften infolge der Anhebung der Insolvenzgeldumlage und des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, vor allem aber wegen des kräftigen Anstiegs des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung spürbar expandieren. Insgesamt beläuft sich das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit im Jahr 2025 auf 2,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 1
Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates
in Milliarden Euro

	2024	2025	2026	2027
gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–115,3	–89,5	–142,4	–158,4
– Konjunkturkomponente ¹	–34,1	–39,3	–26,8	–19,1
= konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–81,2	–50,3	–115,5	–139,3
– Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	0,0
= struktureller Finanzierungssaldo	–81,2	–50,3	–115,5	–139,3
+ Zinsausgaben des Staates	45,8	49,0	53,1	57,1
= struktureller Primärsaldo	–35,3	–1,3	–62,5	–82,3
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	21,9	34,1	–61,2	–19,8
nachrichtlich:	in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %			
struktureller Finanzierungssaldo	–1,9	–1,1	–2,5	–3,0
struktureller Primärsaldo	–0,8	0,0	–1,4	–1,8
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,5	0,8	–1,3	–0,4

¹ Berechnet mit einer Budgetsemiellastizität von 0,504. – ² Laut AMECO-Datenbank.
Quellen: Statistisches Bundesamt; AMECO, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2026 dürfte sich das Haushaltsdefizit des Staates wieder erhöhen. Zum einen schwächen sich Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts mit Schließen der Produktionslücke ab, zum anderen schwenkt die Finanzpolitik auf einen expansiven Kurs ein. So entfalten die bereits beschlossenen steuerlichen Entlastungen, wie das Steuerfortentwicklungsgesetz oder das steuerliche Investitionssofortprogramm, weiter ihre Wirkung. Zudem ist in dieser Prognose

⁴ Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

unterstellt, dass der Umsatzsteuersatz in der Gastronomie zum 1. Januar 2026 gesenkt und die Entfernungspauschale angehoben wird. Außerdem gewährt der Bund den Betreibern der Stromübertragungsnetze einen Zuschuss in Höhe von 6½ Mrd. Euro, und die Gasspeicherumlage wird zum 1. Januar 2026 abgeschafft. Schließlich dürften die sehr umfangreichen kreditfinanzierten Programme für die Landesverteidigung, die Infrastruktur und den Klimaschutz zunehmend zu Mehrausgaben führen. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dürfte im Jahr 2026 bei 3,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Im Jahr 2027 dürfte sich das Finanzierungsdefizit des Staates bei einer sich weiter verlangsamen konjunkturellen Dynamik und einer leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik auf 3,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von –1,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 auf –1,1% im Jahr 2025. Bis zum Jahr 2027 reduziert er sich dann auf –3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Primärsaldo erhöht sich im laufenden Jahr mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik um 0,8 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2026 verringert er sich um 1,3 und im Jahr 2027 um 0,4 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1).

Erhebliche Risiken für die deutsche Konjunktur liegen in der Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Außenhandelsgeschäfts. In der vorliegenden Prognose einkalkuliert sind Verluste aufgrund der höheren US-Zölle. Zusätzlich verschlechtert sich allerdings seit Jahren die Wettbewerbsposition des deutschen Verarbeitenden Gewerbes gegenüber ausländischer Konkurrenz. Auch aus technologischen Gründen büßen die Exporte an ihrer konjunkturellen Zugkraft ein. In diesem Jahr kommt noch ein deutlicher Anstieg der Terms of Trade durch die Aufwertung des Euro hinzu, nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber dem eng an diesen gebundenen chinesischen Renminbi. Dabei produzieren die chinesischen Unternehmen unter den Bedingungen inländischer Preisstabilität, während das deutsche Preisniveau im Jahr 2025 um 2½% steigen dürfte. Sollten die Exporte nicht nur in unmittelbarer Reaktion auf die Zollerhöhungen im Sommer, sondern auch in den daran anschließenden Quartalen sinken, ist eine Erholung der Konjunktur im Jahr 2025 unwahrscheinlich.

Kasten 3

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Zur Bestimmung des Produktionspotenzials verwendet das IWH die Methode, die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Darüber hinaus berechnet das IWH das Produktionspotenzial auch mit der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose verwendeten modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der die Fortschreibungsmodelle an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2030 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,1% (vgl. Tabelle K3). Die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Finanzierungssalden erfolgt weiterhin nach dem EU-Verfahren, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten. Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,4% eine leicht höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials, was im Wesentlichen aus einer höheren projizierten Partizipationsquote resultiert.

Tabelle K3

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996 – 2024 ²	EU-Methode		modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1996 – 2024	2024 – 2030	1996 – 2024	2024 – 2030
Produktionspotenzial	1,2	1,2	0,4	1,2	0,1
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)	1,5 (0,5)	0,8 (0,3)
TFP	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,3 (0,3)	0,6 (0,6)	0,2 (0,2)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	–0,4 (–0,3)	0,2 (0,1)	–0,6 (–0,4)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	–0,3	0,0	–0,3
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,2	0,5	0,0
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	–0,1	0,2	0,0
durchschnittliche Arbeitszeit	–0,5	–0,5	–0,3	–0,4	–0,3
nachrichtlich:					
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,8	1,0	0,7

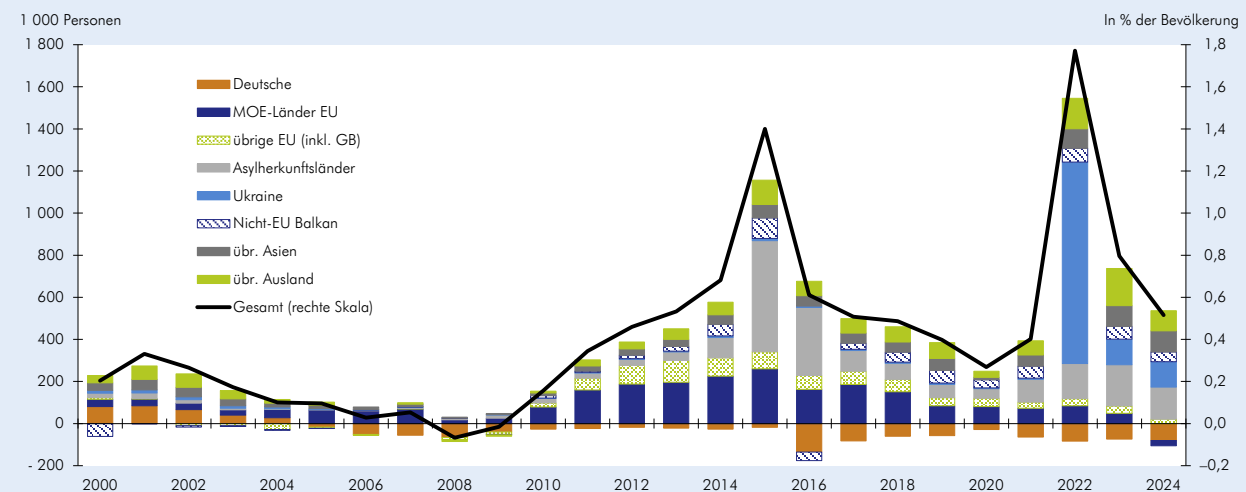
¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von Anfang Dezember 2022, die auf moderaten Annahmen zu Wanderung, Geburtenhäufigkeit und Anstieg der Lebenserwartung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde diese mit dem tatsächlichen Bevölkerungsstand Ende 2024 fortgeschrieben. Ab dem laufenden Jahr wurden die aktuellen Wanderungsdaten berücksichtigt. Der Wanderungssaldo verringerte sich im vergangenen Jahr um mehr als ein Drittel auf 430 000 Personen (vgl. Abbildung K3.1). Dabei sank die Nettozuwanderung aus den Asylherkunftsländern^{K3} um 20% etwas weniger stark, während sie aus der Ukraine mit etwa 120 000 Personen konstant blieb. Aus den mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, auf die – insbesondere seit der vollständigen Personenfreizügigkeit im Mai 2011 – über viele Jahre hinweg ein erheblicher Anteil der Zuwanderung entfiel, wanderten im Jahr 2024 erstmals seit 2000 per saldo Personen ab.

Abbildung K3.1**Nettomigration von Deutschen und Ausländern (nach Herkunftsland)**

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Für den Projektionszeitraum wird angenommen, dass der im ersten Halbjahr 2025 fortgesetzte Rückgang des Wanderungssaldos anhält und sich auf 215 000 Personen im kommenden Jahr verringert. Danach steigt er kontinuierlich in Einklang mit dem in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten Wert von 250 000 Personen im Jahr 2033.

Unter Berücksichtigung der genannten Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) beginnend mit diesem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2030 beträgt der Rückgang eine Million Personen. Dabei wird die Partizipation, die aufgrund der zunächst niedrigeren Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgegangen ist, etwas zunehmen und danach leicht sinken. Die trendmäßige Partizipationsquote bleibt über den gesamten Projektionszeitraum weitgehend konstant und beträgt an dessen Ende 75,7%.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, leitet sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen ab, welche mittels Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche SELO betrug im Jahr 2024 demnach 3,2%. Sie dürfte aufgrund sinkender Erwerbslosenquoten der Geflüchteten bis 2030 auf 3,0% sinken.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte im Jahr 2027 in etwa ihrem trendmäßigen Wert entsprechen. Danach wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige

^{K3} Nach Definition des IAB: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch etwas weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 26 Stunden.

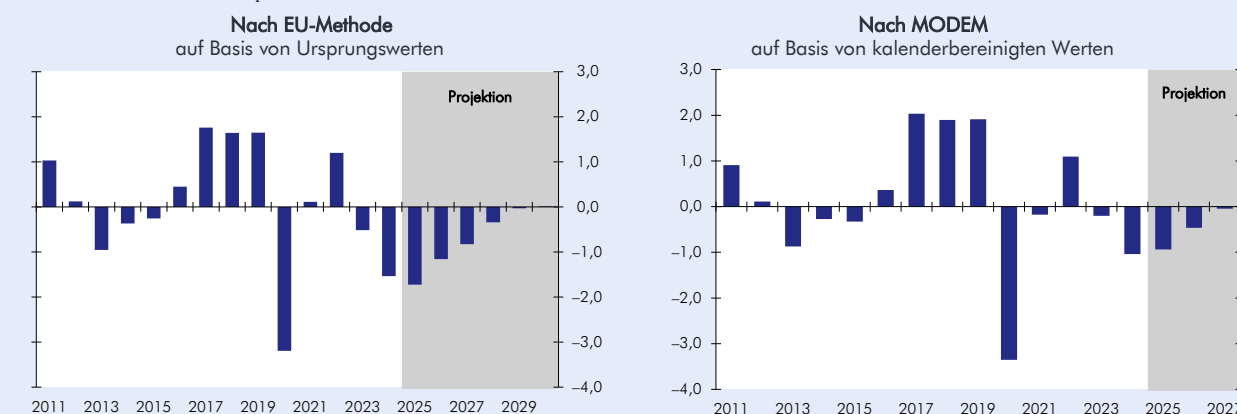
Alles in allem begann das potenzielle Arbeitsvolumen bereits im vergangenen Jahr leicht zu sinken. Der Rückgang ist zunächst vor allem auf die sinkende trendmäßige Arbeitszeit zurückzuführen. Zum Ende der mittleren Frist dämpfen bis auf die leicht sinkende strukturelle Erwerbslosenquote alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,6% und dämpft das Potenzialwachstum um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte pro Jahr.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,8% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,2% betragen und 0,2 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K3.2

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich für das Jahr 2024 eine Produktionslücke von -1,0%, die sich bis zum Ende des kurzfristigen Prognosezeitraums (2027) nach und nach schließt (vgl. Abbildung K3.2).

Entwicklung in Ostdeutschland

In Ostdeutschland beurteilen die Unternehmen laut ifo Geschäftsklimaindex ihre Lage in diesem Jahr ein wenig günstiger als in Westdeutschland. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass die höheren Zölle für Ausfuhren in die USA die exportorientierte westdeutsche Wirtschaft mehr belasten als die ostdeutsche. Insgesamt unterscheidet sich die Wachstumsdynamik zwischen Ost und West aber kaum. Nachdem die amtliche Statistik im März das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands für die vergangenen Jahre nach unten korrigiert hat, zeigt sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft in den vergangenen 10 Jahren nur deshalb etwas schneller gewachsen ist als die deutsche insgesamt, weil in Berlin die Dienstleistungen stark zulegen. Insgesamt steht einem im Osten höheren Produktivitätswachstum ein demografisch bedingter Rückgang an Arbeitskräften gegenüber. So lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zuletzt (Juni) in Ostdeutschland um 0,4% unter Vorjahresniveau, während sie im Westen um 0,2% darüber lag. Im Jahr 2025 dürfte die Produktion in Ostdeutschland ebenso wie in Deutschland insgesamt um 0,2% zulegen. In den Jahren 2026 und 2027 wird die Expansion mit 0,7% respektive 0,5% wohl etwas geringer ausfallen als im Westen. Die Arbeitslosenquote dürfte in den Jahren 2025 und 2026 (je 7,8%) und 2027 (7,7%) höher liegen als im Jahr 2024 (7,5%).

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Europa	28,5	1,4	1,4	1,3	1,4	5,6	4,2	3,5	3,0				
EU 27	19,8	1,0	1,4	1,2	1,3	2,5	2,2	2,0	2,2	5,9	5,8	5,7	5,7
Großbritannien	3,7	1,1	1,5	1,2	1,2	2,5	3,3	2,7	2,2	4,3	4,7	4,6	4,5
Schweiz	1,0	1,4	1,2	0,8	1,6	1,1	0,4	0,5	0,6	4,3	4,8	4,7	4,6
Norwegen	0,5	2,1	0,3	2,1	1,6	3,2	3,5	2,9	2,3	4,0	4,5	4,3	4,1
Russland	2,2	4,3	1,0	1,0	1,0	8,5	8,9	7,0	6,0				
Türkei	1,3	3,2	3,0	3,4	3,8	58,5	32,0	25,0	14,0				
Amerika	37,8	2,5	1,8	1,8	2,2								
USA	29,7	2,8	1,8	1,8	2,2	3,0	2,8	2,8	2,3	4,0	4,2	4,3	4,2
Kanada	2,3	1,6	1,0	1,0	1,7	2,4	2,2	2,1	2,0	6,4	6,9	7,2	6,9
Lateinamerika ³	5,8	1,6	2,3	2,0	2,2								
Asien	33,7	4,3	4,3	3,9	4,0								
Japan	4,1	0,1	1,2	0,8	0,9	2,7	3,1	1,8	1,6	2,6	2,4	2,5	2,5
China ohne Hongkong	19,1	5,0	4,9	4,4	4,5								
Südkorea	1,9	2,0	0,7	2,2	2,1	2,3	2,1	2,0	2,0	2,8	2,6	2,7	2,7
Indien	4,0	6,5	7,2	6,4	6,6								
Ostasien ohne China ⁴	4,6	4,3	3,9	3,4	3,4								
insgesamt ⁵	100,0	2,8	2,6	2,4	2,6								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,7	1,9	1,6	1,5	1,7	2,7	2,6	2,4	2,2	4,6	4,6	4,6	4,6
Schwellenländer ⁷	35,3	4,5	4,4	4,0	4,1								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet ⁸	–	1,9	1,9	1,9	2,0								
gewichtet n. Kaufkraftparitäten ⁹	–	3,3	3,1	2,9	3,0								
Welthandel ¹⁰	–	2,5	2,5	1,3	2,8								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar.² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2024.³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar.⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2024.⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2024.¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2024 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A2**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

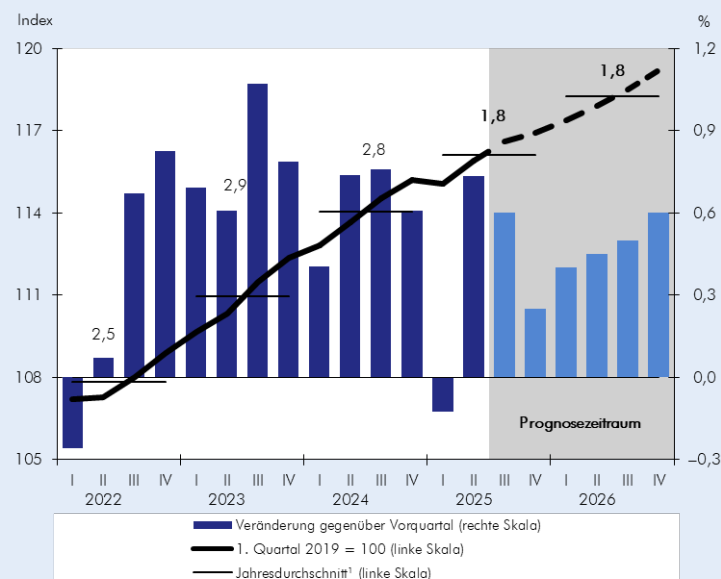
	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,8	1,8	1,8	2,2
privater Konsum	2,8	2,1	1,4	2,2
Staatskonsum und -investitionen	3,4	1,5	1,3	1,8
private Anlageinvestitionen	4,0	3,0	1,6	2,9
Vorratsveränderungen ¹	0,1	-0,1	0,0	0,0
inländische Verwendung	3,1	2,2	1,4	2,3
Exporte	3,3	2,2	2,3	2,2
Importe	5,3	4,5	-0,5	2,7
Außenbeitrag ¹	-0,5	-0,5	0,3	-0,2
Verbraucherpreise	3,0	2,8	2,8	2,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-7,4	-7,6	-7,8	-7,4
Leistungsbilanzsaldo	-3,9	-4,5	-3,6	-3,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,0	4,2	4,3	4,2

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Abbildung A1**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**

saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

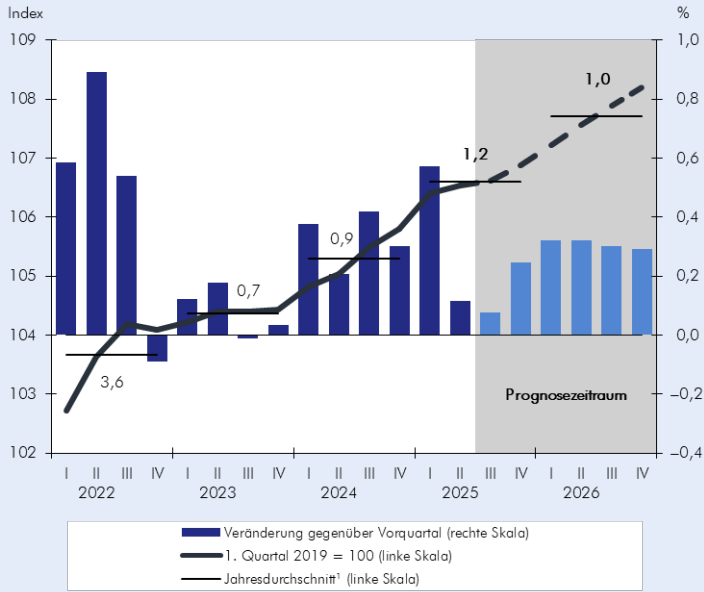
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,2	1,0	1,1
privater Konsum	1,0	1,2	1,6	1,5
öffentlicher Konsum	2,5	1,3	1,2	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	−1,8	3,4	1,2	1,9
inländische Verwendung	0,5	1,8	1,5	1,6
Exporte ¹	0,8	2,4	3,5	1,5
Importe ¹	−0,1	3,7	3,5	1,5
Außenbeitrag ²	0,5	−0,4	−0,3	−0,4
Verbraucherpreise ³	2,4	2,1	1,9	2,0
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	−3,1	−3,1	−3,5	−3,3
Leistungsbilanzsaldo	2,6	2,3	2,6	2,2
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,4	6,2	6,1	6,0

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.
Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Deutschland	24,0	−0,5	0,3	0,6	0,5	2,5	2,3	1,8	2,0	3,4	3,7	3,6	3,5
Frankreich	16,3	1,1	0,5	1,1	1,4	2,3	0,8	1,5	1,9	7,4	7,1	6,9	6,8
Italien	12,2	0,5	0,6	0,7	0,8	1,1	1,9	2,0	2,0	6,5	6,3	6,4	6,5
Spanien	8,9	3,2	2,7	2,0	1,7	2,9	2,3	2,1	2,0	11,4	10,5	10,3	10,2
Niederlande	6,3	1,1	1,4	1,1	1,3	3,2	3,2	2,4	2,0	3,7	3,7	3,5	3,5
Belgien	3,4	1,0	0,9	1,3	1,5	4,3	3,0	1,9	2,0	5,7	6,3	6,0	5,8
Irland	3,0	2,6	11,0	0,0	2,6	1,3	1,9	2,4	2,0	4,3	4,4	3,7	3,1
Österreich	2,7	−1,1	0,2	1,1	0,9	2,9	3,3	2,1	2,4	5,2	5,5	5,4	5,3
Portugal	1,6	1,9	1,9	2,2	1,8	2,7	2,1	2,4	2,1	6,5	6,1	5,7	5,5
Finnland	1,5	0,4	0,5	0,7	0,8	1,0	1,7	1,6	2,0	8,4	9,2	9,0	8,9
Griechenland	1,3	2,3	2,2	2,3	2,0	3,0	2,7	2,1	2,0	10,1	9,5	9,5	9,4
Slowakei	0,7	2,1	0,9	2,3	1,8	3,1	3,9	3,2	2,9	5,3	5,3	5,5	5,7
Luxemburg	0,5	1,0	0,1	1,7	1,7	2,3	2,4	2,5	2,0	6,3	6,6	6,5	6,5
Kroatien	0,5	3,9	3,0	2,6	2,5	4,0	4,0	3,0	2,4	5,1	4,4	3,8	3,7
Litauen	0,4	2,7	3,0	2,6	2,2	0,9	3,4	2,5	2,2	7,1	6,3	6,3	6,3
Slowenien	0,4	1,5	0,5	2,3	2,3	2,0	2,5	2,4	2,5	3,7	3,8	3,8	3,8
Lettland	0,2	−0,4	0,9	2,3	1,9	1,4	4,1	3,5	2,5	6,9	6,8	6,6	6,6
Estland	0,2	−0,3	0,3	2,2	2,4	3,8	4,8	2,8	2,4	7,6	7,8	8,0	8,0
Zypern	0,2	3,4	3,4	2,8	2,3	2,3	0,8	1,5	2,3	4,9	3,9	3,9	4,2
Malta	0,1	5,9	4,0	4,0	3,7	2,5	2,5	2,6	2,2	3,1	2,7	2,7	2,7
Euroraum insgesamt	84,5	0,8	1,2	1,0	1,1	2,4	2,1	1,9	2,0	6,4	6,2	6,1	6,0
Euroraum ohne Deutschland	60,5	1,3	1,6	1,2	1,4	2,3	2,0	2,0	2,0	7,4	7,1	7,0	6,9
Polen	4,7	2,9	3,4	3,0	2,9	3,7	3,0	2,8	2,4	2,9	3,3	3,2	3,2
Schweden	3,1	1,0	0,9	1,6	1,6	2,0	2,6	2,2	2,0	8,4	8,8	9,0	9,0
Dänemark	2,2	3,5	1,5	1,7	1,7	1,3	1,5	1,7	2,0	6,2	6,2	5,4	4,9
Rumänien	2,0	0,8	1,5	2,1	2,4	5,9	5,0	4,1	3,0	5,4	5,8	5,6	5,6
Tschechien	1,8	1,1	2,2	2,0	2,1	2,7	2,4	2,2	2,1	2,8	2,8	2,8	2,7
Ungarn	1,1	0,5	0,7	2,5	2,5	3,7	4,7	3,5	3,0	4,4	4,3	4,3	4,2
Bulgarien	0,6	2,6	3,1	2,6	2,3	2,6	3,0	2,5	2,2	4,2	3,4	3,2	3,1
EU 27 ⁴	100,0	1,0	1,4	1,2	1,3	2,5	2,2	2,0	2,1	5,9	5,8	5,7	5,7
MOE-Länder ⁵	12,6	1,9	2,3	2,5	2,5	3,6	3,5	3,0	2,5	4,0	4,2	4,1	4,0

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2024.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2025**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Sommerprognose 2025		IWH Herbstprognose 2025		Prognosekorrektur für 2025	
	Prognosewerte für 2025		Prognosewerte für 2025		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	1,1	1,0	1,6	1,5	0,5	0,5
Privater Konsum	1,1	0,6	1,0	0,5	–0,1	–0,1
Staatlicher Konsum	1,3	0,3	1,8	0,4	0,5	0,1
Bauten	0,7	0,1	–1,5	–0,2	–2,2	–0,3
Ausrüstungen	–0,6	0,0	–2,3	–0,1	–1,7	–0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,6	0,1	3,5	0,1	–0,1	0,0
Vorratsveränderungen	–	0,0	–	0,7	–	0,7
Außenbeitrag	–	–0,6	–	–1,3	–	–0,7
Ausfuhr	–1,0	–0,4	–0,3	–0,1	0,7	0,3
Einfuhr	0,5	–0,2	3,2	–1,2	2,7	–1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,2	0,2	–0,2	–0,2
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	1,5	–	1,8	–	0,3	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	1,3	–	1,2	–	–0,1	–
Welthandel	1,3	–	2,5	–	1,2	–
Verbraucherpreise	2,0	–	2,2	–	0,2	–

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,4	0,1	0,2	0,4	0,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
öffentlicher Konsum	0,0	1,8	1,0	0,5	–0,3	0,8	0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6
Bauten	0,5	–1,7	–0,7	0,7	0,2	–2,1	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Ausrüstungen	–0,9	–3,1	–1,0	0,0	0,2	–1,9	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
sonstige Anlagen	–3,1	1,2	0,9	1,1	0,6	1,2	0,5	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen ²	0,2	0,0	0,6	0,7	–0,4	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,2	0,1	0,9	1,2	–0,1	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Außenbeitrag²	–0,3	–0,3	–0,8	–1,0	0,4	–0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	–0,1	–0,1
Exporte	–1,0	0,6	–1,7	–2,1	2,5	–0,1	–0,5	0,1	0,4	0,4	0,4	0,3
Importe	–0,3	1,5	0,2	0,2	1,6	1,6	–0,6	0,3	0,5	0,5	0,6	0,7
Bruttoinlandsprodukt	–0,1	–0,3	0,0	0,2	0,3	–0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben	0,8	0,9	0,6	0,8
private Konsumausgaben	0,3	0,5	0,2	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,4	0,4	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	–0,7	–0,2	0,4	0,4
Bauten	–0,4	–0,2	0,2	0,2
Ausrüstungen	–0,4	–0,1	0,1	0,1
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,7	0,0	–0,2
inländische Verwendung	0,2	1,5	1,1	1,0
Außenbeitrag	–0,7	–1,3	–0,3	–0,4
Exporte	–0,9	–0,1	0,5	0,7
Importe	0,2	–1,2	–0,8	–1,0
Bruttoinlandsprodukt	–0,5	0,2	0,8	0,6

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2024	2025	2026	2027
statistischer Überhang ¹	–0,2	0,1	0,1	0,2
Jahresverlaufsrate ²	–0,2	0,3	0,7	0,4
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	–0,5	0,3	0,6	0,5
Kalendereffekt ³	0,0	–0,1	0,2	0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	–0,5	0,2	0,8	0,6

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A9**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2024 und 2025**

	2024	2025 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	42 283	42 323	40	0,1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 934	34 980	45	0,1
Geförderte ²	77	65	-12	-16,0
nicht geförderte	34 857	34 915	58	0,2
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 180	4 138	-42	-1,0
sonstige	3 168	3 205	36	1,1
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 704	3 666	-38	-1,0
geförderte Selbstständigkeit	2	2	0	-22,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 702	3 664	-38	-1,0
Erwerbstätige (Inland)	45 987	45 989	2	0,0
staatlich subventionierte Erwerbstätige	334	338	4	1,1
geförderte Erwerbstätige ³	79	67	-13	-16,1
Kurzarbeit	255	272	17	6,5
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 653	45 651	-2	0,0
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	0,7	0,7		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A10**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	-2,1	-0,3	1,3	1,7
Importe, real	-0,6	3,2	2,1	2,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	41,4	40,7	40,4	40,4
Importe, nominal	37,7	38,2	38,2	38,6
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	163,5	114,3	103,0	87,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
Anlageinvestitionen insgesamt	-3,3	-0,8	2,1	2,0
Bauinvestitionen insgesamt	-3,4	-1,5	1,5	1,5
Wohnbauten	-5,4	-3,1	1,4	1,6
Nichtwohnbauten insgesamt	-0,1	0,9	1,7	1,5
gewerbliche Bauten	-5,0	0,9	1,2	1,2
öffentliche Bauten	7,4	0,8	2,3	1,8
Ausrüstungen	-5,4	-2,3	2,4	2,1
Sonstige Anlagen	0,2	3,5	3,2	3,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
verfügbare Einkommen, nominal	4,0	2,5	2,5	2,7
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	5,5	2,6	2,3	1,8
monetäre Sozialleistungen	7,0	5,1	4,7	4,7
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-1,2	1,0	0,6	2,1
Sparen	12,4	-4,6	2,7	2,6
private Konsumausgaben, nominal	2,9	3,3	2,4	2,6
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	5,5	3,7	2,7	2,5
Sparquote (in %)	11,2	10,5	10,5	10,5
Preisindex des privaten Konsums	2,4	2,3	1,9	2,0
private Konsumausgaben, real	0,5	1,0	0,5	0,6

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

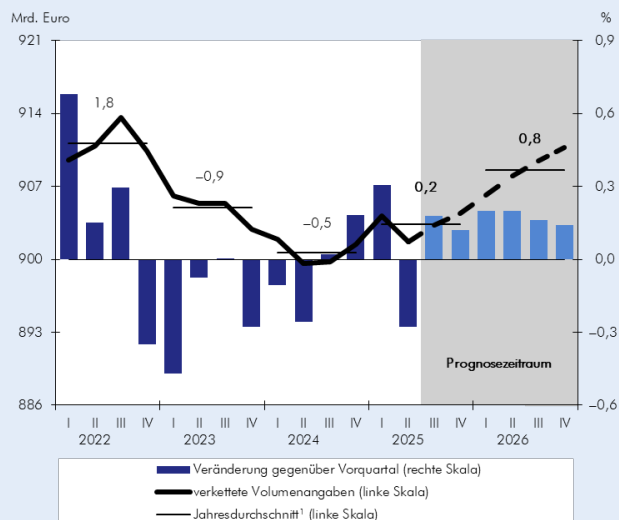
	2025				2026			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	0,6	-0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,3	-0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	-0,3	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Energie- und Wasserversorgung	-0,1	1,6	-0,2	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	1,3	-3,7	-0,3	-0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,7	-0,6	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Information und Kommunikation	0,0	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,2	-1,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	0,2	0,4	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	-0,3	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
öffentliche Dienstleister	0,4	0,1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
sonstige Dienstleister	-0,7	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A3**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

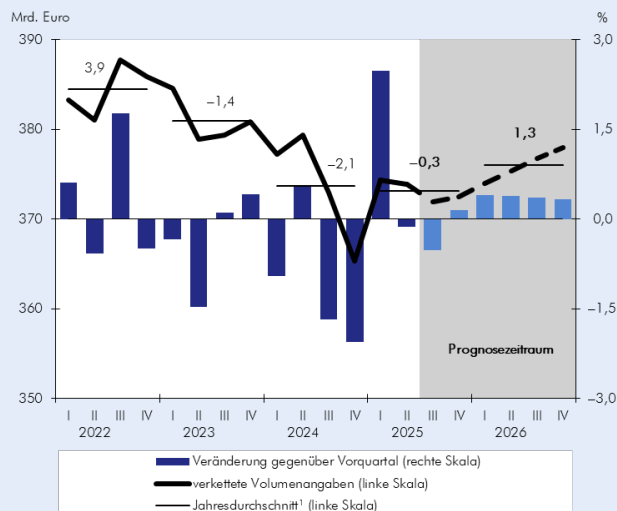
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A4**Reale Exporte**

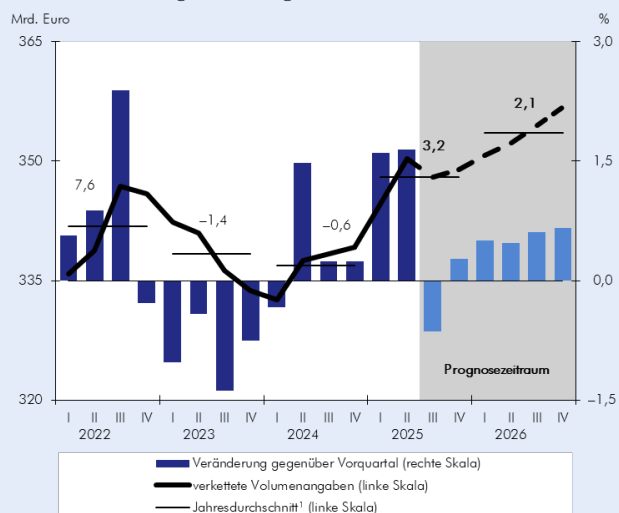
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A5**Reale Importe**

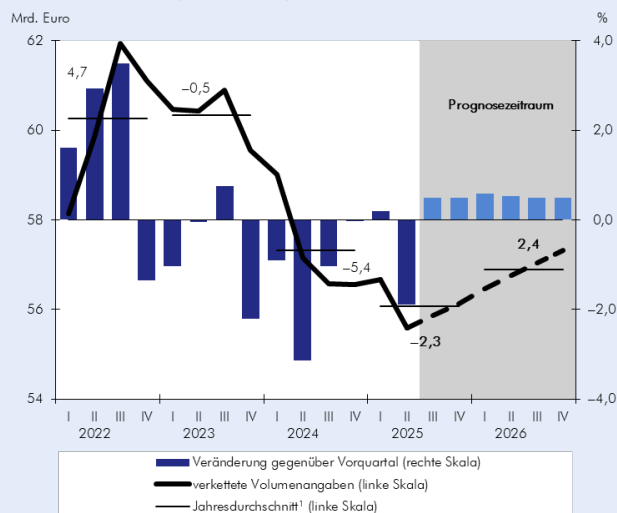
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A6**Reale Investitionen in Ausrüstungen**

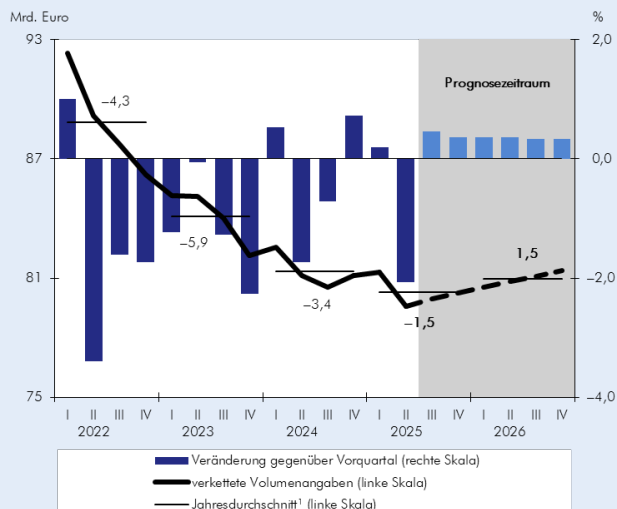
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A7**Reale Bauinvestitionen**

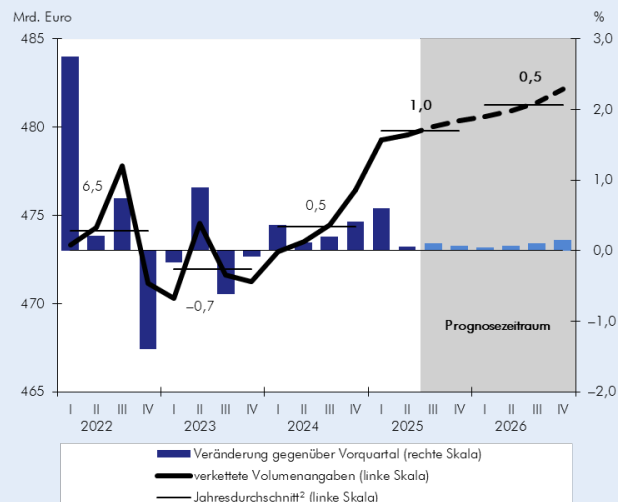
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A8**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹**

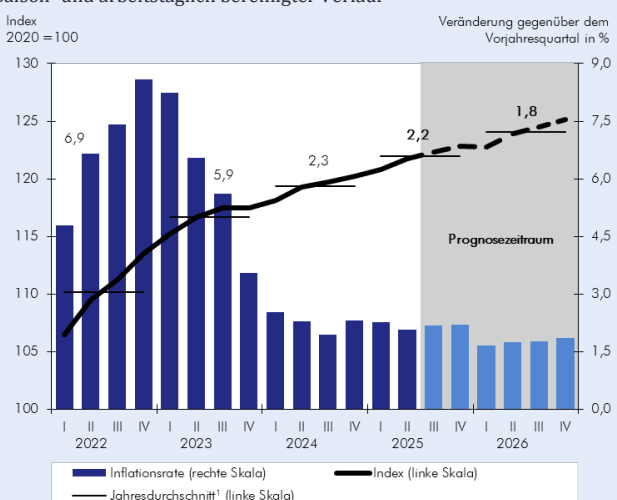
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A9**Verbraucherpreise in Deutschland**

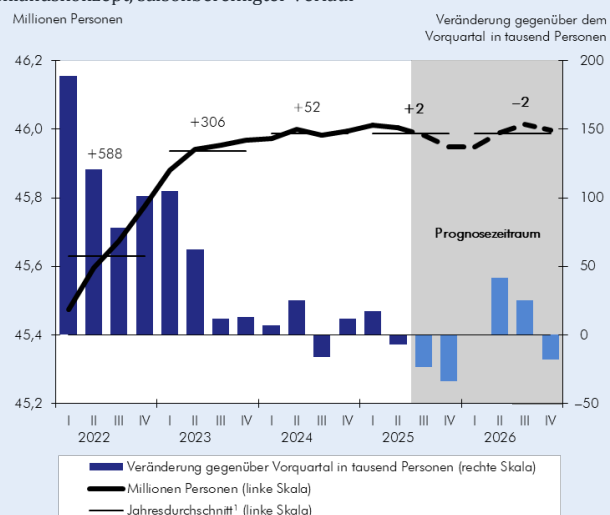
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

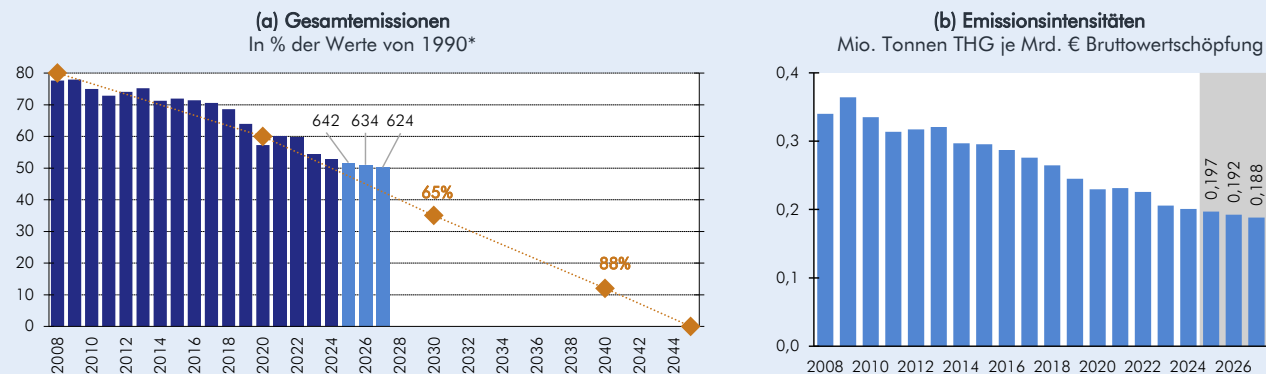
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A10**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A11**Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2027**

Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mio. Tonnen, CO₂-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umwelthandelsamt; Berechnungen und Prognose des IWH

Tabelle A14**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2025	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Steuerfortentwicklungsgesetz	–6,1	–5,7	–1,1
Steuerliches Investitionssofortprogramm	–2,5	–5,6	–3,7
Abbau der ‚kalten Progression‘ im Jahr 2027			–4,0
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,3	–0,1	–0,1
Jahressteuergesetz 2022	1,0	–1,1	–0,1
Jahressteuergesetz 2024	0,4	0,7	–0,7
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	0,8	0,0	0,0
Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie auf 7%		–3,5	–0,5
Inflations-Ausgleichsgesetz	–2,8	–1,0	–1,0
Anhebung der Entfernungspauschale		–2,3	0,0
Wachstumschancengesetz	–2,5	–0,8	0,4
Degressive AfA (alt)	5,0	3,8	0,0
Wegfall der Inflationsausgleichsprämie	6,0	0,0	0,0
Plastikabgabe		1,4	0,0
Globale Mindestbesteuerung		1,0	–0,2
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,9	0,8	0,0
Änderungen bei der Lkw-Maut	0,9	0,2	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	–1,8	–0,9	0,0
CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	4,0	4,4	7,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 1,4 Prozentpunkte im Jahr 2025 und um jeweils 0,3 Prozentpunkte in den Jahren 2026 und 2027	16,0	4,0	4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2027 um 0,3 Prozentpunkte			4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um jeweils 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2025, 2026 und 2027	2,7	2,7	2,7
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2025 um 0,1 Prozentpunkt	1,1	0,0	0,0
Wegfall der Inflationsausgleichsprämie	8,0	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Sondervermögen ‚Infrastruktur und Klimaneutralität‘	–1,0	–8,0	–14,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	–0,7	–0,5	0,0
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,5	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Kindergelderhöhung	0,4	0,1	0,1
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung Kindergeld	–1,1	–0,6	0,3
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	–4,0	–5,0	–7,0
Kürzungen beim Bürgergeld und beim Elterngeld	0,4	0,1	0,0
Abschaffung der Gasspeicherumlage		–3,4	0,0
Zuschuss zu den Netzkosten der Stromübertragung		–6,4	0,0
Änderungen beim BAföG	–0,2	0,0	–0,3
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Grundrente	–0,1	0,0	0,0
Aktivrente		–0,5	–0,5
Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld im Jahr 2025	–0,2	0,2	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	–0,8	–0,1	0,0
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	–3,0	–0,2	0,0
Krankenhausreform	–0,5	–0,4	–0,2
Endbudgetierung der Hausärzte	–0,3	–0,3	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁴	19,2	–27,6	–15,0
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,4	–0,6	–0,3

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15**Hauptgründe für Datenrevisionen**

Komponente	Hauptgründe für Revisionen
<i>Entstehungsseite</i>	
Verarbeitendes Gewerbe	Struktur- und Kostenstrukturhebung 2023; LCU ¹ -Analyseergebnisse
Energieversorgung	Überarbeitete Güterstrukturen und Anpassung bzgl. Gaspreisbremse 2022; Kostenstrukturhebung 2023
Baugewerbe	Kostenstruktur- und Strukturhebungen Bauhaupt-/Ausbaugewerbe 2023
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Strukturhebung im Handels- und Dienstleistungsbereich; Anpassung Vorleistungsquoten (EBS-Verordnung); LCU-Analyseergebnisse
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Daten Bundesbank & BaFin 2023 (GuV ² , Versicherungen); Fortschreibungsindikatoren
Unternehmensdienstleister	Handels- und Dienstleistungsstatistik 2023; LCU-Ergebnisse
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	Strukturstatistik Handel/DL 2023; Kostennachweis der Krankenhäuser; Inflationsausgleichsprämie (periodengerecht)
Nettogütersteuern	Umsatzsteuerkorrekturen (One-Stop-Shop-Verfahren); Anpassung Gütersubventionen im Berichtsjahr 2022 (u. a. Gaspreisbremse)
<i>Verwendungsseite</i>	
Privater Konsum	Strukturstatistik Handel/DL 2023; LCU-Analysen (ab 2022); methodische Umstellung Energiedeflation (Strom/Gaspreise)
Staatskonsum	Jährliche Rechnungsergebnisse Bund/Länder/Gemeinden 2022–24; Reklassifikation ³ Sektor Staat; Inflationsausgleichsprämie (Zuordnung 2023)
Bruttoanlageinvestitionen	Kostenstruktur- und Investitionserhebungen 2023; deutliche Abwärtsrevision Bauinvestitionen (Wohnungsbau, Bauträger); Aufwärtsrevision F&E- und Softwareinvestitionen (Erhebungsergebnisse des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft zu den Forschungsausgaben)
Außenbeitrag	Revisionen Außenhandelsstatistik (Warenverkehr 2023); konzeptionelle Übergänge (VGR-Konzept); Zahlungsbilanzrevision (Dienstleistungen)

¹ LCU Large Case Unit. – ² GuV - Gewinn- und Verlustrechnung der Kreditinstitute und anderer finanzieller Einheiten. – ³ Reklassifikation: Zuordnung von Einheiten zum Sektor Staat anhand aktuell verfügbarer Informationen aus den Erhebungen der Finanzstatistiken.

Quelle: Statistisches Bundesamt ([Sommerüberarbeitung 2025 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Revisionen und Hintergründe](#)).

Tabelle A16**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2024**

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 921,3	2 671,1	470,0	780,2	–
2	– Abschreibungen	888,4	485,1	120,6	282,7	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 032,9	2 186,0	349,5	497,5	–163,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 352,0	1 708,1	357,3	286,6	20,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,5	30,5	0,3	10,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	58,9	56,5	0,2	2,2	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	698,4	503,9	–7,9	202,5	–183,8
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 357,8	–	–	2 357,8	14,5
9	– geleistete Subventionen	54,2	–	54,2	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	443,8	–	443,8	–	5,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 127,6	1 034,4	45,8	47,3	406,0
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 271,5	727,4	34,1	510,0	262,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 589,7	196,8	369,9	3 023,0	–312,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	538,4	125,1	–	413,3	15,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	552,8	–	552,8	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	921,9	–	–	921,9	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	920,5	163,2	756,6	0,8	5,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	801,0	90,7	709,5	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	792,3	–	–	792,3	9,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	446,3	253,0	90,2	103,1	99,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	390,6	224,9	31,4	134,3	155,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 538,3	116,1	911,0	2 511,2	–261,2
23	– Konsumausgaben	3 234,7	–	951,8	2 283,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,1	–	61,1	–
25	= Sparen	303,6	55,0	–40,8	289,4	–261,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	108,8	9,2	84,0	15,6	8,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	86,5	51,3	20,3	14,9	31,2
28	– Bruttoinvestitionen	930,7	526,2	131,3	273,2	–
29	+ Abschreibungen	888,4	485,1	120,6	282,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	15,8	15,6	0,1	0,1	–15,8
31	= Finanzierungssaldo	223,1	40,4	–115,3	298,0	–223,1
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 538,3	116,1	911,0	2 511,2	–261,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	586,4	–	586,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	586,4	–	–	586,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 538,3	116,1	324,6	3 097,6	–261,2
36	– Konsum ³	3 234,7	–	365,4	2 869,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,1	–	61,1	–
38	= Sparen	303,6	55,0	–40,8	289,4	–261,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaf	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 016,2	2 724,7	491,1	800,4	–
2	– Abschreibungen	916,4	499,6	125,5	291,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 099,9	2 225,1	365,6	509,2	–114,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 448,7	1 774,3	373,6	300,8	21,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	44,7	33,0	0,3	11,3	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	56,3	53,6	0,2	2,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	662,8	471,4	–8,1	199,5	–135,6
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 455,2	–	–	2 455,2	14,7
9	– geleistete Subventionen	51,7	–	51,7	–	4,5
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	469,1	–	469,1	–	5,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 107,3	1 010,8	49,0	47,5	412,8
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 267,5	715,2	32,7	519,6	252,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 695,6	175,7	393,0	3 126,8	–280,0
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	558,7	123,5	–	435,2	15,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	573,4	–	573,4	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	982,9	–	–	982,9	3,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	981,6	167,0	813,8	0,8	5,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	841,8	94,0	747,0	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	832,9	–	–	832,9	9,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	466,6	266,4	92,7	107,5	107,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	413,8	242,0	31,9	139,9	160,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 647,2	100,9	972,3	2 574,0	–231,6
23	– Konsumausgaben	3 355,6	–	996,6	2 359,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,0	–	61,0	–
25	= Sparen	291,6	39,8	–24,3	276,1	–231,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	105,1	8,2	77,5	19,5	6,7
27	+ empfangene Vermögenstransfers	87,8	50,1	23,1	14,6	24,1
28	– Bruttoinvestitionen	976,4	563,9	136,4	276,2	–
29	+ Abschreibungen	916,4	499,6	125,5	291,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,8	19,7	–0,1	0,2	–19,8
31	= Finanzierungssaldo	194,3	–2,2	–89,5	286,0	–194,3
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 647,2	100,9	972,3	2 574,0	–231,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	621,4	–	621,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	621,4	–	–	621,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 647,2	100,9	350,8	3 195,5	–231,6
36	– Konsum ³	3 355,6	–	375,2	2 980,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,0	–	61,0	–
38	= Sparen	291,6	39,8	–24,3	276,1	–231,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2026

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaf	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 139,1	2 811,8	508,4	819,0	–
2	– Abschreibungen	946,1	516,9	130,6	298,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 193,0	2 294,9	377,8	520,4	–103,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 517,1	1 822,3	385,9	308,9	21,8
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	52,9	39,1	0,3	13,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	64,5	61,6	0,2	2,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	687,5	495,0	–8,2	200,7	–124,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 523,9	–	–	2 523,9	15,0
9	– geleistete Subventionen	60,0	–	60,0	–	4,5
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	481,8	–	481,8	–	5,7
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 119,7	1 018,7	53,1	47,9	419,8
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 284,5	728,2	33,6	522,7	254,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 798,2	204,5	394,2	3 199,5	–273,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	572,7	126,1	–	446,6	16,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	588,2	–	588,2	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 016,3	–	–	1 016,3	4,0
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 015,2	171,2	843,1	0,8	5,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	880,8	97,4	782,5	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	871,6	–	–	871,6	9,8
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	482,9	265,4	107,2	110,3	115,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	430,2	256,5	33,1	140,7	168,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 750,6	143,1	968,9	2 638,6	–225,9
23	– Konsumausgaben	3 454,2	–	1 038,2	2 416,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,0	–	61,0	–
25	= Sparen	296,4	82,1	–69,4	283,7	–225,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	104,5	8,1	79,4	17,0	5,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	87,0	51,2	20,9	14,9	22,7
28	– Bruttoinvestitionen	1 016,6	583,2	145,2	288,2	–
29	+ Abschreibungen	946,1	516,9	130,6	298,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,8	19,1	–0,1	0,8	–19,8
31	= Finanzierungssaldo	188,6	39,8	–142,4	291,1	–188,6
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 750,6	143,1	968,9	2 638,6	–225,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	655,0	–	655,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	655,0	–	–	655,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 750,6	143,1	313,9	3 293,6	–225,9
36	– Konsum ³	3 454,2	–	383,3	3 070,9	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,0	–	61,0	–
38	= Sparen	296,4	82,1	–69,4	283,7	–225,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2027

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 253,1	2 891,9	525,4	835,8	–
2	– Abschreibungen	977,6	534,9	135,9	306,7	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 275,5	2 357,0	389,5	529,1	–87,4
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 585,0	1 869,3	398,8	316,9	22,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	64,1	47,5	0,3	16,3	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	64,9	62,0	0,2	2,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	691,3	502,2	–9,5	198,6	–109,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 591,7	–	–	2 591,7	15,3
9	– geleistete Subventionen	60,4	–	60,4	–	4,5
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	502,9	–	502,9	–	5,7
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 134,3	1 029,8	57,1	47,4	427,0
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 303,6	730,9	34,4	538,3	257,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 894,9	203,3	410,4	3 281,2	–262,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	584,8	126,6	–	458,2	17,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	601,0	–	601,0	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 062,3	–	–	1 062,3	4,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 061,2	176,4	883,9	0,8	5,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	922,3	101,1	820,3	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	912,9	–	–	912,9	10,1
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	489,8	276,6	107,0	106,2	124,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	439,4	263,8	34,1	141,5	175,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 850,3	139,2	1 002,1	2 708,9	–217,6
23	– Konsumausgaben	3 561,8	–	1 082,9	2 478,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,0	–	61,0	–
25	= Sparen	288,4	78,2	–80,8	291,0	–217,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	106,3	7,2	81,4	17,6	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	88,5	51,8	21,6	15,1	22,1
28	– Bruttoinvestitionen	1 048,4	594,7	153,8	299,9	–
29	+ Abschreibungen	977,6	534,9	135,9	306,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,8	14,6	–0,1	5,3	–19,8
31	= Finanzierungssaldo	180,0	48,5	–158,4	289,9	–180,0
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 850,3	139,2	1 002,1	2 708,9	–217,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	692,4	–	692,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	692,4	–	–	692,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 850,3	139,2	309,7	3 401,3	–217,6
36	– Konsum ³	3 561,8	–	390,5	3 171,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,0	–	61,0	–
38	= Sparen	288,4	78,2	–80,8	291,0	–217,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A17**VGR-Tabellen****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2025		2026	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,1	0,0	0,0	-0,3	0,1	0,0	-0,1	0,1
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	-0,2	-0,7	-0,1	-0,2	-0,7	0,2
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen	-0,3	-0,2	-0,2	-0,4	-0,1	-0,2	-0,6	0,1
Produktivität¹	-0,3	0,3	1,1	1,3	0,0	0,7	1,2	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,5	0,2	0,8	0,6	-0,1	0,4	0,5	1,1
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd EUR								
Konsumausgaben	3 234,7	3 355,6	3 454,2	3 561,8	1 640,4	1 715,2	1 684,8	1 769,4
private Haushalte²	2 283,0	2 359,0	2 416,0	2 478,9	1 154,3	1 204,6	1 178,8	1 237,1
Staat	951,8	996,6	1 038,2	1 082,9	486,0	510,6	506,0	532,3
Anlageinvestitionen	885,7	902,9	944,6	984,4	436,4	466,5	452,9	491,7
Bauten	450,7	458,3	479,4	500,0	224,1	234,2	232,4	247,0
Ausrüstungen	267,1	266,6	277,7	288,2	126,6	139,9	130,6	147,2
sonstige Anlageinvestitionen	168,0	178,0	187,4	196,2	85,6	92,4	89,9	97,5
Vorratsveränderung³	45,0	73,6	72,0	64,0	44,4	29,1	44,0	28,0
inländische Verwendung	4 165,4	4 332,0	4 470,8	4 610,2	2 121,1	2 210,9	2 181,7	2 289,1
Außenbeitrag	163,5	114,3	103,0	87,4	69,2	45,0	62,5	40,5
Exporte	1 793,7	1 811,1	1 848,9	1 900,2	904,0	907,0	910,0	938,9
Importe	1 630,1	1 696,8	1 745,9	1 812,8	834,8	862,0	847,5	898,4
Bruttoinlandsprodukt	4 329,0	4 446,3	4 573,8	4 697,6	2 190,4	2 255,9	2 244,2	2 329,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,6	3,7	2,9	3,1	4,2	3,3	2,7	3,2
private Haushalte²	2,9	3,3	2,4	2,6	3,5	3,1	2,1	2,7
Staat	5,1	4,7	4,2	4,3	5,7	3,8	4,1	4,2
Anlageinvestitionen	-0,9	1,9	4,6	4,2	1,0	2,9	3,8	5,4
Bauten	-0,5	1,7	4,6	4,3	0,7	2,6	3,7	5,4
Ausrüstungen	-3,7	-0,2	4,2	3,8	-2,1	1,6	3,1	5,2
sonstige Anlageinvestitionen	2,6	6,0	5,3	4,7	6,6	5,4	5,0	5,5
Inländische Verwendung	2,8	4,0	3,2	3,1	4,6	3,5	2,9	3,5
Exporte	-1,1	1,0	2,1	2,8	0,1	1,9	0,7	3,5
Importe	-0,9	4,1	2,9	3,8	4,8	3,4	1,5	4,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,7	2,9	2,7	2,6	2,8	2,5	3,3
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	3,8	2,6	2,3	1,9	3,2	2,0	2,8	1,7
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)								
a) Mrd EUR								
Konsumausgaben	2 713,4	2 747,3	2 770,9	2 800,5	1 354,0	1 393,3	1 363,7	1 407,3
private Haushalte²	1 897,2	1 916,1	1 925,0	1 935,7	942,0	974,1	945,3	979,7
Staat	816,7	831,8	846,8	865,9	412,3	419,5	418,9	427,9
Anlageinvestitionen	702,0	696,5	711,1	725,6	337,6	358,9	341,6	369,5
Bauten	324,7	319,8	324,5	329,5	157,4	162,4	158,1	166,4
Ausrüstungen	228,5	223,3	228,7	233,5	106,2	117,1	107,5	121,2
sonstige Anlageinvestitionen	152,4	157,8	162,8	168,1	75,7	82,1	77,9	84,8
inländische Verwendung	3 456,5	3 510,3	3 549,4	3 585,5	1 728,0	1 782,3	1 743,5	1 805,9
Exporte	1 491,9	1 487,3	1 507,2	1 532,3	742,0	745,3	744,4	762,8
Importe	1 345,3	1 387,8	1 416,9	1 455,2	681,9	705,9	690,4	726,5
Bruttoinlandsprodukt	3 600,8	3 607,3	3 637,3	3 660,4	1 787,0	1 820,4	1 796,2	1 841,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,1	1,2	0,9	1,1	1,5	1,0	0,7	1,0
private Haushalte²	0,5	1,0	0,5	0,6	1,0	1,0	0,3	0,6
Staat	2,6	1,8	1,8	2,3	2,5	1,2	1,6	2,0
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,8	2,1	2,0	-1,7	0,1	1,2	2,9
Bauten	-3,4	-1,5	1,5	1,5	-2,4	-0,7	0,5	2,4
Ausrüstungen	-5,4	-2,3	2,4	2,1	-4,1	-0,6	1,2	3,5
sonstige Anlageinvestitionen	0,2	3,5	3,2	3,3	3,9	3,2	2,9	3,4
inländische Verwendung	0,2	1,6	1,1	1,0	1,9	1,2	0,9	1,3
Exporte	-2,1	-0,3	1,3	1,7	-1,7	1,1	0,3	2,4
Importe	-0,6	3,2	2,1	2,7	3,2	3,1	1,3	2,9
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,8	0,6	-0,1	0,4	0,5	1,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2025		2026	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	2,4	2,3	1,9	2,0	2,5	2,1	1,8	2,1
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,8	2,3	2,0	3,1	2,6	2,5	2,2
Anlageinvestitionen	2,5	2,7	2,5	2,1	2,7	2,7	2,6	2,4
Bauten	3,0	3,3	3,1	2,7	3,2	3,3	3,2	2,9
Ausrüstungen	1,7	2,1	1,7	1,6	2,1	2,2	1,8	1,6
Exporte	1,0	1,3	0,7	1,1	1,8	0,8	0,3	1,1
Importe	-0,4	0,9	0,8	1,1	1,5	0,3	0,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,5	2,0	2,1	2,7	2,4	1,9	2,1

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 023,0	3 126,8	3 199,5	3 281,2	1 534,6	1 592,2	1 566,0	1 633,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	410,6	435,8	450,0	466,8	212,4	223,5	218,2	231,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 947,2	2 019,4	2 073,9	2 124,9	971,5	1 047,9	995,5	1 078,4
übrige Primäreinkommen ⁴	665,1	671,6	675,6	689,5	350,7	320,9	352,3	323,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	566,8	568,7	598,6	613,7	277,1	291,6	286,9	311,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 589,7	3 695,6	3 798,2	3 894,9	1 811,8	1 883,8	1 852,9	1 945,2
Abschreibungen	888,4	916,4	946,1	977,6	455,7	460,7	470,1	476,0
Bruttonationaleinkommen	4 478,1	4 612,0	4 744,3	4 872,5	2 267,4	2 344,5	2 323,1	2 421,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 200,2	3 278,3	3 376,3	3 452,4	1 604,8	1 673,4	1 643,0	1 733,3
Arbeitnehmerentgelt	2 357,8	2 455,2	2 523,9	2 591,7	1 183,9	1 271,3	1 213,7	1 310,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	842,3	823,0	852,4	860,7	420,9	402,1	429,3	423,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	3,4	2,3	2,6	3,9	3,0	2,0	2,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,3	6,1	3,3	3,7	7,0	5,3	2,8	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	5,5	3,7	2,7	2,5	4,5	3,0	2,5	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,2	3,6	2,7	2,8	4,3	3,0	2,5	2,8
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,2	1,0	0,6	2,1	0,4	1,6	0,5	0,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-3,8	0,4	5,3	2,5	-0,7	1,4	3,5	6,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,6	2,9	2,8	2,5	3,1	2,8	2,3	3,3
Abschreibungen	3,6	3,2	3,2	3,3	3,1	3,2	3,2	3,3
Bruttonationaleinkommen	2,8	3,0	2,9	2,7	3,1	2,8	2,5	3,3
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1,5	2,4	3,0	2,3	2,5	2,4	2,4	3,6
Arbeitnehmerentgelt	5,5	4,1	2,8	2,7	4,9	3,4	2,5	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-8,1	-2,3	3,6	1,0	-3,7	-0,7	2,0	5,2

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 976,9	2 040,9	2 103,0	2 161,5	986,4	1 054,5	1 013,5	1 089,6
Nettolöhne und -gehälter	1 355,5	1 390,5	1 422,4	1 448,6	664,7	725,8	678,2	744,1
monetäre Sozialleistungen	792,3	832,9	871,6	912,9	413,0	419,8	430,4	441,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	170,9	182,4	191,0	200,1	91,3	91,1	95,1	95,8
übrige Primäreinkommen ⁴	665,1	671,6	675,6	689,5	350,7	320,9	352,3	323,2
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-130,8	-138,5	-140,0	-142,0	-65,5	-73,0	-66,0	-74,0
Verfügbares Einkommen	2 511,2	2 574,0	2 638,6	2 708,9	1 271,6	1 302,4	1 299,8	1 338,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,1	61,0	61,0	61,0	29,7	31,4	29,6	31,4
Konsumausgaben	2 283,0	2 359,0	2 416,0	2 478,9	1 154,3	1 204,6	1 178,8	1 237,1
Sparen	289,4	276,1	283,7	291,0	146,9	129,2	150,6	133,1
Sparquote (%) ⁶	11,2	10,5	10,5	10,5	11,3	9,7	11,3	9,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	6,0	3,2	3,0	2,8	3,9	2,6	2,7	3,3
Nettolöhne und -gehälter	5,5	2,6	2,3	1,8	3,6	1,7	2,0	2,5
monetäre Sozialleistungen	7,0	5,1	4,7	4,7	5,5	4,7	4,2	5,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,6	6,8	4,7	4,8	8,9	4,7	4,2	5,1
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,2	1,0	0,6	2,1	0,4	1,6	0,5	0,7
Verfügbares Einkommen	4,0	2,5	2,5	2,7	2,6	2,4	2,2	2,8
Konsumausgaben	2,9	3,3	2,4	2,6	3,5	3,1	2,1	2,7
Sparen	12,4	-4,6	2,7	2,6	-4,6	-4,6	2,5	3,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2025		2026	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	996,6	1 042,4	1 070,0	1 103,9	511,2	531,3	526,5	543,5
Nettosozialbeiträge	756,6	813,8	843,1	883,9	397,4	416,4	406,7	436,5
Vermögenseinkommen	34,1	32,7	33,6	34,4	15,7	17,0	16,2	17,4
sonstige Transfers	31,4	31,9	33,1	34,1	13,9	18,1	14,5	18,6
Vermögenstransfers	20,3	23,1	20,9	21,6	12,3	10,8	8,3	12,6
Verkäufe	185,2	198,1	212,2	227,3	91,4	106,7	97,8	114,4
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 024,4	2 142,3	2 213,1	2 305,5	1 042,0	1 100,3	1 070,0	1 143,1
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	667,3	703,9	742,3	785,1	336,6	367,3	354,7	387,6
Arbeitnehmerentgelt	357,3	373,6	385,9	398,8	182,3	191,3	188,0	197,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	45,8	49,0	53,1	57,1	24,3	24,7	26,5	26,6
Subventionen	54,2	51,7	60,0	60,4	22,6	29,2	26,7	33,3
monetäre Sozialleistungen	709,5	747,0	782,5	820,3	370,4	376,7	386,2	396,3
sonstige laufende Transfers	90,2	92,7	107,2	107,0	45,2	47,5	52,4	54,7
Vermögenstransfers	84,0	77,5	79,4	81,4	30,1	47,4	30,9	48,5
Bruttoinvestitionen	131,3	136,4	145,2	153,8	59,6	76,7	63,0	82,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	0,2	-0,3	0,2
Insgesamt	2 139,7	2 231,8	2 355,5	2 463,9	1 070,9	1 160,9	1 128,2	1 227,3
Finanzierungssaldo	-115,3	-89,5	-142,4	-158,4	-28,9	-60,6	-58,2	-84,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	3,6	4,6	2,6	3,2	5,1	4,1	3,0	2,3
Nettosozialbeiträge	6,4	7,6	3,6	4,8	8,6	6,6	2,3	4,8
Vermögenseinkommen	7,2	-4,0	2,7	2,5	-10,0	2,3	2,9	2,5
sonstige Transfers	-3,1	1,7	3,6	2,9	-0,3	3,3	4,2	3,2
Vermögenstransfers	-7,3	13,8	-9,5	3,4	33,2	-2,3	-32,3	16,4
Verkäufe	10,9	6,9	7,1	7,1	6,9	6,9	7,0	7,2
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,1	5,8	3,3	4,2	6,5	5,2	2,7	3,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	6,9	5,5	5,5	5,8	5,9	5,1	5,4	5,5
Arbeitnehmerentgelt	4,9	4,6	3,3	3,4	6,3	2,9	3,1	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	24,4	6,9	8,3	7,6	5,8	8,1	9,0	7,6
Subventionen	-34,6	-4,5	15,9	0,7	-12,9	3,1	18,2	14,1
monetäre Sozialleistungen	7,4	5,3	4,7	4,8	5,8	4,8	4,3	5,2
sonstige laufende Transfers	-2,3	2,9	15,6	-0,2	3,2	2,5	16,0	15,2
Vermögenstransfers	12,8	-7,7	2,4	2,6	-18,9	1,1	2,5	2,4
Bruttoinvestitionen	9,3	3,8	6,5	5,9	3,7	3,9	5,7	7,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,3	4,3	5,5	4,6	4,3	4,3	5,3	5,7
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,0	-3,1	-3,4	-1,3	-2,7	-2,6	-3,6

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2025: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede

Tel +49 345 7753 765

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: Susan Q Yin @syinq, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 13. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 03.09.2025

ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.